



# DIG Ausgabe 1 2022 | 5782 MAGAZIN

Zeitschrift der Deutsch-Israelischen Gesellschaft



## Impressum

### Herausgeber

Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.  
Präsident: Volker Beck  
Bundesgeschäftsstelle  
Littenstraße 105 | 10179 Berlin  
Telefon 030/80 90 70 28  
info@digev.de | www.digev.de

Registergericht:  
Amtsgericht Charlottenburg  
Registernummer: VR 4075 B

### Redaktion

Volker Beck (V.i.S.d.P.),  
Claudia Korenke

### Titelbild

Volker Beck und Uwe Becker  
bei der Amtsübergabe  
© CHLietzmann

### Konzept/Gestaltung/Satz

Lothar Schwarzer GbR  
Druck & Werbung Berlin  
Telefon 030/401 89 39  
info@schwarzer-druck.de

### Druck & Verarbeitung

Lothar Schwarzer GbR  
Druck & Werbung Berlin

### Erscheinungsweise

Halbjährlich. Der Bezugspreis des  
DIG Magazins ist mit dem Mitglieds-  
beitrag abgegolten. Für namentlich  
gekennzeichnete Artikel sind die  
jeweiligen Autoren verantwortlich.

### Bankverbindung

Berliner Sparkasse  
IBAN DE84 1005 0000 1010 0091 99  
BIC BELA2333

Herausgegeben mit  
freundlicher Unterstützung des  
Auswärtigen Amtes



Auswärtiges Amt

### Inhalt

- 1 | Editorial – Volker Beck, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft
- 2 | Verabschiedung – Uwe Becker, ehemaliger Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

### Hauptversammlung der DIG

- 3 | Uns allen ein Fest: Hauptversammlung  
in Köln wählt neues Präsidium

### Hauptversammlung der JuFo

- 6 | Zum ersten Mal: Ordentliche Hauptversammlung des Jungen Forum und Wahlen

### Aktuell

- 11 | Ernst-Cramer-Medaille für die Generäle Amikam Norkin, Israel und Ingo Gerhartz, Deutschland
- 12 | 61 ist die Mehrheit: Drei Jahre und fünf Knesset-Wahlen weiter ...
- 14 | Yom Fixe mit dem israelischen Botschafter – Abschied nach fünf Jahren:  
der Botschafter des Staates Israel, Jeremy Issacharoff, hat Deutschland verlassen.
- 34 | Erinnerungskultur im Fußball: Über die „mysteriöse Vergangenheit“ eines Bremer Juden
- 37 | Amnesty und zwei Reaktionen aus unseren Kreisen
- 38 | Apartheid-Staat?  
Ein Kommentar aus Israel
- 39 | Israel erklären, aber wie?  
Matheus Hagedorn & Vincent Wolff vom DIG Präsidium beleuchten die Situation
- 41 | Städtepartnerschaft mit Isfahan  
Iran: Wie viel „rote Linie“ darf’s für Freiburg sein?

### Kultur

- 7 | Verspätetes Tagebuch: meine jüdische Ukraine
- 44 | Kunst- und Kulturgeschichte: Die Menora

### Das Junge Forum

- 15 | Junges Forum Berlin: Das JuFo Berlin hat einen neuen Vorstand
- 15 | Das Lager für Displaced Persons in Eschwege: Als Ben-Gurion in Eschwege war
- 17 | Gedenkstättenfahrt des JuFo Bamberg: Zuhören, Erinnern, Weitergeben
- 18 | Junges Forum in Kiel gegründet
- 18 | Junges Forum in Rostock gegründet
- 19 | Junges Forum Köln: Gründungsveranstaltung und Vorstandswahlen des JuFo Köln
- 20 | Das JuFo und die DIG Leipzig veröffentlichten ihre Broschüre  
„Der Anschlag von Halle. Antisemitische Gewalt in Deutschland“  
Analysen – Perspektiven – Prävention
- 21 | Junges Forum Frankfurt:  
„US-Israeli Relations“ im Wandel der Zeit: Ein Workshop mit der Initiative junger Transatlantiker e.V.
- 22 | KHALOM: Das neue Magazin des Jungen Forums

### Aus den AGs

- 23 | Ausstellung der Rose-Ausländer-Gesellschaft in Chemnitz  
Selma Meerbaum: „Du, weißt du, wie ein Rabe schreit?“
- 24 | DIG Köln: Zionismus – viermal
- 26 | DIG AG Bonn: Schüren palästinensische Schulbücher den Terror der Zukunft?
- 27 | DIG AG Nürnberg-Mittelfranken: Eine jüdische Begegnungsstätte in Nürnberg
- 28 | DIG Berlin und Brandenburg e.V. trifft UNRWA EU-Direktor Matthias Burchard  
Einig darin, nicht einig zu sein
- 29 | Zoomkonferenz: Gedankenaustausch mit dem AA: Staatsminister Dr. Tobias Lindner im Gespräch  
mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Berlin und Brandenburg e.V.
- 30 | DIG AG Potsdam e. V.: Landtagspräsidentin lädt AG Potsdam ein
- 31 | Münster protzt: Israeltag in der Westfalenmetropole

### Zeitzeugen

- 32 | Margot Friedländer oder: Wie man ein Leben macht  
Ein Besuch

### Rezensionen

- 43 | Rezension zu Dan Diners aktuellem Buch „Ein anderer Krieg“ von Gunnar Placzek

### Nachruf

- 46 | Sie hielt uns den Spiegel vor: Abschied von Inge Deuschkron
- 47 | Eine wichtige Stimme im christlich-jüdischen Dialog ist verstummt  
Rabbiner Dr. h.c. Rabbiner Henry Brandt gestorben
- 48 | Zum Tod der Frankfurter Ehrenbürgerin und Zeitzeugin Trude Simonsohn
- 48 | Ein Hain bei Jerusalem wird an Dr. Johannes Gerster erinnern.  
Jüdischer Nationalfonds e.V. setzt Projekt um.

## Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,



Volker Beck

im Juni startete die 15. documenta in Kassel mit einem antisemitischen Feuerwerk. Eine kulturpolitische Katastrophe mit Ansage. Dass so etwas in Deutschland, mit vielen Millionen Steuermitteln gefördert, möglich war, ist ein Skandal ohnegleichen.

Es gab unzählige Warnungen von Antisemitismuskritikern aus Kassel, dem Zentralrat der Juden und Journalisten wegen der BDS-Verbindungen zentraler Akteure der documenta im Vorfeld. Dem zum Trotz hatten Kuratoren, Geschäftsführung wie Aufsichtsrat und Kulturpolitik in Bund, Land Hessen und Stadt Kassel keine Vorkehrungen gegen diese Grenzüberschreitung getroffen und sie somit erst ermöglicht. Die DIG hat personelle und strukturelle Konsequenzen gefordert und sich aktiv eingemischt. Aber das Problem liegt tiefer:

Künstlerinnen und Künstler wie die deutsche Kulturpolitik dürfen sich vor ihrem Antisemitismusproblem nicht mehr wegduckten. Jetzt muss auch für die Staatsministerin für Kultur ein für alle Mal feststehen: Wo BDS draufsteht, ist auch meistens Antisemitismus drin.

Klar, nicht jeder Unterstützer von BDS muss ein Antisemit sein; man kann BDS auch aus Unwissenheit, Naivität oder Dummheit unterstützen. Aber in Ansatz und Wirkung ist BDS immer antisemitisch.

Denn „... hier offenbart sich eines der größten, wenn nicht das größte der derzeitigen Probleme mit Antisemitismus in Deutschland. Es ist eine breite, bürgerliche Antisemitismusakzeptanz von Leuten, gleich ob sie sich für konservativ, liberal, aufgeklärt oder links halten, mit dem Leitgedanken: Ein bisschen Judenhass ist doch okay“, wies Sascha Lobo auf den Stand der deutschen Diskussion hin: Es sind eben inzwischen nicht nur AfD und die rechtsextremistische Szene, die den Antisemitismus verbreiten und hoffähig machen. Dem wird sich die DIG stellen.

In Teilen der deutschen Intelligenzija und der Kulturszene gilt Relativierung des Holocaust, antisemitisch getriggerte sogenannte Kritik an Israel und Verharmlosung von antiis-

raelischem Terrorismus inzwischen als chic bzw. akzeptabel. Im Haus der Kulturen der Welt hatte kurz vor der documenta eine vom Auswärtigem Amt und der Bundeskulturministerin geförderte Israelhassfestival-Konferenz mit dem Namen ‚Hijacking Memory‘ stattgefunden. Der polnische Historiker Jan Grabowski, Nachfahre von Holocaustüberlebenden, sagt über einen dort gehaltenen Vortrag des Redners Baconi dazu: „Baconi hat in seiner Rede das antisemitische Motiv des kindermordenden Staates Israel heraufbeschworen. Er sprach erregt und mit Nachdruck über die Tötung von Kindern durch Israel, ohne irgendwelche Quellen oder Zusammenhänge zu nennen, was bei den Zuhörern großen Beifall auslöste.“

Ein Happening ganz nach dem Geschmack der Initiative Weltoffenheit 5.3, die vom Amtsleiter von Claudia Roth, Andreas Görgen, inspiriert und wohl koordiniert wurde und vom Hauptgeldgeber der documenta, der Kulturstiftung des Bundes, unterschrieben wurde. Ob der documenta-Skandal ein Zufall war, darf und muss man bezweifeln. Aber das ist nicht das Ende.

Denn bereits Ende August, Anfang September trifft sich in Karlsruhe der Ökumenische Rat der Kirchen. Bekannt ist er für seine Unterstützung der Kairos-Palästina Theologie, die die schlechte alte Überwindungs-Theologie der mittelalterlichen Kirche, die von Luther neu aufgewärmt wurde, vertritt. BDS unterstützt er auch. Wir werden auch diesem Antijudaismus 2.0 widersprechen.

Ich wünsche Ihnen einen erholsamen Sommer. Heiß wird er bleiben.

Ihr

Volker Beck

Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

## Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde der Deutsch-Israelischen Gesellschaft,



© CHLitzmann

Uwe Becker

in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren hatte ich die Freude und Ehre, gemeinsam mit dem bisherigen Präsidium unsere Deutsch-Israelische Gesellschaft führen zu dürfen. Bei meiner Wahl zum Präsidenten 2019 in Magdeburg hatte ich versprochen, dass wir lauter und wahrnehmbarer werden, klar Position für Israel beziehen und mit unserer Arbeit die deutsch-israelischen Beziehungen weiter stärken. Ich glaube, dass uns dies an vielen Stellen gut gelungen ist. Ob es um das nach wie vor nicht ausreichend solidarische Abstimmungsverhalten Deutschlands bei den Vereinten Nationen ging, um unsere Kritik an der Außenpolitik gegenüber dem Iran oder unseren Forderungen zum Ende der Terrorfinanzierung mit deutschem und europäischem Steuergeld: an vielen konkreten Punkten haben wir die öffentliche Diskussion angestoßen und wichtige Akzente gesetzt. Ob in Pressemitteilungen oder im direkten Austausch mit den Medien bei der Bundespressekonferenz, oder auch über die sozialen Medien konnten wir dabei den Menschen Israel näherbringen, Verständnis für die Interessen des Jüdischen Staates erreichen und Interesse an diesem wunderbaren Land von der Kultur bis zur Cuisine wecken.

Mit der Verleihung der Ernst Cramer Medaille an die Spitzen der deutschen wie der israelischen Luftwaffe haben wir zwei herausragende Generäle für deren historischen Beitrag zum Ausbau der deutsch-israelischen Beziehungen ehren können, sicher ein ganz besonderer Höhepunkt in dieser Zeit. Leider hat aber auch uns die Corona-Pandemie in unserem Wirken deutlich eingeschränkt, denn erst jetzt sind wieder Israeltage, Diskussionsveranstaltungen oder Stammtische in größerem Umfang möglich. Unsere digitalen Formate haben wir daher ausgebaut und von Wahlanalysen bis zu virtuellen Rundgängen durch Jerusalem weitere digitale Brücken nach Israel gebaut.

Wie gut und wichtig jedoch der persönliche Kontakt, das Gespräch und der direkte Austausch sind, haben wir

auf unserer Hauptversammlung in Köln gemerkt, wo die Staffelübergabe an das neue Präsidium stattgefunden hat. Ich glaube, dass dieses neue Team unter der Führung von Volker Beck mit einer starken Verbindung auch in den Deutschen Bundestag hinein die Geschicke unserer Gesellschaft gut gestalten wird. Dies ist umso notwendiger, als die existenziellen Fragen für die Zukunft Israels nicht kleiner werden, das Anwachsen des Antisemitismus leider auch in Deutschland das gesellschaftliche Klima vergiftet, Organisationen wie der antisemitischen BDS-Bewegung noch konsequenter entgegengetreten werden muss und das reale Israelbild bei den Menschen noch immer von vielen Klischees und Stereotypen geprägt wird. Und gerade aus diesen Gründen heraus ist das Engagement unserer Gesellschaft besonders gefordert. Ich danke an dieser Stelle gerade unseren Arbeitsgemeinschaften, die die Basis und das Rückgrat unserer Gesellschaft sind und mit ihrer engagierten Arbeit vor Ort unsere DIG ausmachen.

Danke auch an die ausgeschiedenen Mitglieder des Präsidiums, an unsere Generalsekretärin und an die Bundesgeschäftsstelle für die gute Zusammenarbeit in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren!

Und unserer gemeinsamen Sache weiterhin viel Glück und Erfolg.

Ihr

Uwe Becker

ehemaliger Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

# Uns allen ein Fest: Hauptversammlung in Köln wählt neues Präsidium

**N**un steht alles auf Anfang. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft hat in ihrer Hauptversammlung am 10. und 11. Juni in Köln einen Präsidenten gewählt: Mit großer Mehrheit votierten die 155 Delegierten den Politiker und ehemaligen Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen, Volker Beck. Auch unter den Vizepräsidenten und Beisitzern finden sich zahlreiche neue Gesichter – lediglich vier von insgesamt 14 Mitgliedern des Bundesvorstandes führen ihre Geschäfte weiter. Dass sich darunter der unersetzliche, profunde Kenner aller DIG-Angelegenheiten, Schatzmeister Dr. Hermann Kuhn aus Bremen findet, wird den Übergang in eine neue Ära erleichtern.

Vorausgegangen waren leidenschaftliche Flügel- und Personaldebatten, vehemente Diskussionen über die Struktur unseres Verbandes, der aus 55 unselbständigen Arbeitsgemeinschaften und vier eigenständigen Vereinen besteht. Dass die Pandemie und die daraus resultierende Unmöglichkeit, sich in Präsenz zu treffen, dass zunehmende israel- und judenfeindliche Manifestationen auf Straßen und in der Gesellschaft hierzulande erlebt werden müssen, hat zur aufgeheizten Stimmung der Kölner Versammlung beigetragen. Auch die notwendige Standortbestimmung bezüglich des russischen Angriffes auf die Ukraine ist eine Herausforderung für die Gesellschaft.

Nicht zu übersehen war der Wille zu einem Generationswechsel. Angesichts der Mitgliederstärke unserer Nachwuchsorganisation Jufo, die mittlerweile mehr als 1000 Mitglieder verzeichnet – damit ist jedes fünfte Mitglied jünger als 35 Jahre – war der Aufbruch spürbar und allerseits gewollt. Erlebbar wurde dies bei der am Vortag abgehaltenen Hauptversammlung



155 Delegierte und viele Gäste bei der Hauptversammlung

des Jufo, wo mit Constatin Ganß ein neuer Sprecher gewählt wurde, aber auch bei den Präsidiumswahlen, wo eben jener sowie zwei weitere Jufos – Anna Staroselski als Vizepräsidentin und Angelika Scherb als Beisitzerin – klare Siege erringen konnten.

Wesentlich sind es die Vizepräsidenten wie Vincent Wolff, der für die digitale Zukunft des Vereins steht und seine Kollegen aus dem Bundestag, die die kommenden Jahre der DIG gestalten und politisch abfedern werden: Lisa Badum, MdB Bündnis 90/Die Grünen, Markus Faber, MdB, FDP, Jürgen Hardt, MdB, CDU sowie Michelle Müntefering, MdB, SPD.

Inhalte bestimmten den zweiten Tag der Bundesversammlung, die wenige Tage vor der documenta in Kassel stattfand. Diesbezüglich gab es Einmütigkeit unter den Delegierten, allen voran der neue Präsident Volker Beck: Die unzweifelhaft antisemitischen Darstellungen wurden scharf verurteilt.

Einmal noch flammte eine geradezu wütende Diskussion auf – die DIG Bremen/Unterweser beantragte, die Hauptversammlung möge sich auch künftig für die Zwei-Staaten-Lösung positionieren und verwies dabei auf die allgemeinen Menschenrechte. Wie viele Anträge zuvor wurde schließlich auch dieser an das Präsidium zurückverwiesen.

Der Umgang gerade mit diesem Antrag wird symptomatisch sein für die Zukunft unserer DIG.

Was bleibt? Der Dank an Staatssekretär Uwe Becker, der in seiner Präsidentschaft die DIG vernehmbar gemacht hat: in Medien, Politik und öffentlichem Diskurs.

Was bleibt? Glückwünsche an das neue Präsidium, das mit dem 75. Jubiläum des Staates Israel im kommenden Jahr uns allen ein Fest bereiten kann.

Claudia Korenke



v.l.n.r.: Vincent David Wolff, Dr. Hermann Kuhn, Michelle Müntefering, Lisa Badum, Jürgen Hardt, Präsident Volker Beck, Ex-Präsident Uwe Becker, Anna Staroselski, Markus Faber

Hochgeschätzt:



Dr. Hermann Kuhn,  
Schatzmeister

Gutes Klima mit Israel:



Lisa Badum, MdB, Bündnis 90/Die Grünen,  
Vizepräsidentin

Starker Verteidiger:



Dr. Markus Faber, MdB, FDP,  
Vizepräsident

Très bien ensemble:



Michelle Müntefering, MdB, SPD,  
Vizepräsidentin

International:



Jürgen Hardt, MdB CDU/CSU-Fraktion,  
Vizepräsident

Charme ohne Schirm:



Vincent David Wolff,  
Vizepräsident

Jung & jüdisch:



Anna Staroselski,  
Vizepräsidentin



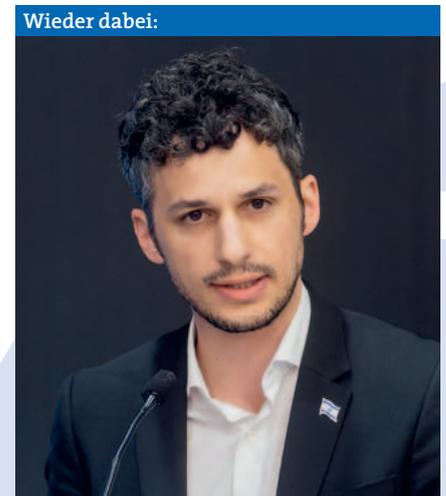
v.l.n.r.: Constantin Ganß, Lena Schröder, Angelika Scherb, Vincent David Wolff, Anna Staroselski, Aras Nathan Keul, Maria Kireenko, Leon Mahncke



Constantin Ganß



Jürg Rensmann



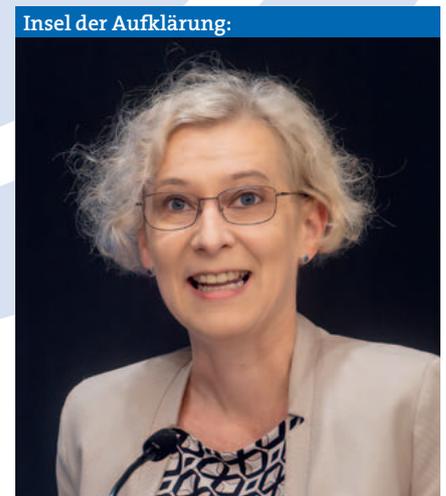
Aras Nathan Keul



Yoram Ehrlich



Angelika Scherb



Dr. Alexandra Kurth

Zum ersten Mal:

# Ordentliche Hauptversammlung des Jungen Forum und Wahlen

Die erste Hauptversammlung des Jungen Forum fand am 10. Juni 2022 in Köln – einen Tag vor der DIG-Hauptversammlung statt. Der Wegbereiter dafür war die seit letztem Jahr angestoßene Strukturreform. Ein neuer Bundesvorstand wurde gewählt. Außerdem wurden richtungsweisende inhaltliche Anträge beschlossen.



**Bundesvorstand des Jungen Forums,  
v. l.: Jonas Kruthoff, Marianna Piruzyan,  
Constantin Ganß, Maria Kireenko,  
Jakob Flemming, Lena Schröder,  
Leon Mahncke**

40 Delegierte des Jungen Forums aus ganz Deutschland waren nach Köln gekommen: Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Wahl des neuen Bundesvorstands, der durch das neue Statut auf sieben Personen erweitert wurde. Nach einer interessanten Vorstellungsrunde der qualifizierten Kandidaten konnten sich in der anschließenden Wahl folgende Personen durchsetzen: Als Bundesvorsitzender wurde Constantin Ganß gewählt. Seine Stellvertreter sind Maria Kireenko und Jakob Flemming aus Berlin. Dem erweiterten Bundesvorstand gehören nun Leon Mahncke (Hamburg), Marianna Piruzyan (Rostock), Lena Schröder (Oldenburg) und Jonas Kruthoff (Marburg) an. Insgesamt hat die Versammlung über 20 Anträge beraten und Beschlüsse gefasst. Die Antragsdebatte wurde mit dem Leit-antrag eröffnet. Mit dem einstimmigen Beschluss des Leit-antrags wurden die Grundsätze der zukünftigen politischen Arbeit des Jungen Forums festgelegt. Das

Junge Forum bekennt sich zu Überparteilichkeit und demokratischen Prinzipien. Dabei wird hervorgehoben, dass sowohl die Kooperation mit der AfD und den damit zusammenhängenden Vereinen als auch deren Mitgliedern konsequent ausgeschlossen wird. Weiterhin fordert das Junge Forum, die Weiterführung der Entschädigungszahlungen Deutschlands an Shoa-Überlebende weltweit, gemäß des Luxemburger Abkommens, sicherzustellen. Des Weiteren wird darauf hingearbeitet, dass Bundes- und EU-Mittel nicht als sogenannte „Terror-Renten“ für Angehörige von palästinensischen Terroristen zweckentfremdet werden. Auch die Finanzierung von NGOs, die sich nicht klar von BDS abgrenzen, soll verhindert werden. Es folgten weitere inhaltliche Anträge, die einstimmig angenommen wurden. So erfolgte eine Positionierung des Jungen Forums gegen Vorfeldorganisationen der Muslimbruderschaft und der DITIB, die antisemitische Verschwörungstheorien verbreiten. Insbesondere die Arbeit solcher Organisationen im Bereich der Jugendhilfe soll kritisch beleuchtet werden, da Kinder und Jugendliche für antisemitische Indoktrinierung anfällig sind. Weiterhin setzt sich das Junge Forum für ein Betätigungsverbot der Quds-Brigade in Deutschland und für ein Verbot von Samidoun Symbolen ein. Außerdem bekennt sich das Junge Forum dazu, Antisemitismus im öffentlich-rechtlichen Rundfunk entschlossen entgegenzutreten. Neben der Forderung zur Einberufung eines Antisemitismus-Beauftragten in jedem vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk betriebenen Haus, schlägt das Junge Forum den Medienhäusern vor, die Arbeitsdefinition von Antisemitismus

der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) anzunehmen.

Ein weiterer Arbeitsauftrag, der an den Bundesvorstand gerichtet wurde, besteht darin, dass in den nächsten zwei Jahren ein Frauen Forum etabliert wird. Dieses soll als eine Vernetzung- und Austauschplattform mit dem Ziel der Frauenförderung innerhalb des Jungen Forums dienen. Hierbei wird unter anderem die Entwicklung und Durchführung eines Mentoring-Programms für Frauen im Bereich der politischen Arbeit angestrebt.

Außerdem möchte das Junge Forum neue Zielgruppen erschließen und im Besonderen die Bildungsarbeit in den Schulen stärken. Der Bundesvorstand prüft daher die Möglichkeit, eine Deutsch-Israelische SchülerInnenkonferenz zu organisieren. Weitere Ziele des Jungen Forums für die nächste Legislatur sind die Verbesserung der internen Kommunikation, die Einrichtung einer Stelle für das Junge Forum innerhalb der Geschäftsstelle der DIG, die Förderung der regionalen Vernetzung sowie die baldige Einberufung des SprecherInnenkreises zur Förderung der verbandsinternen Transparenz.

Aus dem Bundesvorstand ausgeschieden sind Aras-Nathan Keul und Anna Staroselski. Die Versammlung bedankt sich für ihr Engagement in den letzten Jahren. Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle Bärbel Metz und Diana Gürtler für die Organisation und Vorbereitung der Hauptversammlung sowie der gelungene Sitzungsleitung, bestehend aus Jan Seemann (Münster), Elisabeth Grünberg (Berlin), Natalie Kajzer (Düsseldorf) und Matthias Schröder (Berlin).

Maria Kireenko, Marianna Piruzyan  
JUFO-Bundesvorstände



Das zerbrochene Spielzeug soll an die ermordeten Kinder von Babyn Yar erinnern. Der Krieg hat die Querelen um das richtige Gedenken jäh unterbrochen.

Verspätetes Tagebuch:

# meine jüdische Ukraine

## Uman

Unweit des Städtchen Uman befindet sich das Grab von Rabbi Nachman. Lange, bevor ich irgendeine Vorstellung von der Ukraine hatte, wusste ich von Uman: Ziel von bis zu 40.000 orthodoxer Juden pro Jahr, zumeist aus Israel: hier feiern sie Rosh HaShana und die Bevölkerung der 90.000-Seelen-Stadt in der Ostukraine lebt damit: manchmal schlecht, manch-

mal recht. Avrum, unser orthodoxer Musiker aus Jerusalem, oftmals Gast auch der DIGs, unterbrach gerne die Reise nach Uman, um bei uns Konzerte zu geben.

Dass ich dieses verspätete Tagebuch meiner Reisen in die Ukraine – per Schiff, mit Journalisten, mit Politikern – erst jetzt schreibe, reut mich. Mehr dazu vermag ich nicht zu sagen – zumal dieser Text genau-

me Zeit nach seinem Entstehen zu lesen sein wird. Aber doch, eine kleine Anekdote:

In der deutschen Botschaft in Kiew unterhalte ich mich: Welche Verwendungen, welche Orte sind reizvoll für Diplomaten? Zum Beispiel Tel Aviv? Israel sei seine große diplomatische Herausforderung. Man möchte gerne dort hin. Aber: Man habe auch Angst; Israel sei gefährlich. So das

deutsche diplomatische Personal. In Kiew. Vor zehn Jahren.

**Kiew**

2021 war der 80. Jahrestag des Mordes an 33.771 Juden: Männer, Frauen, Kinder, die sich an den Rand der Schlucht Babyn Yar stellen oder auf bereits Ermordete legen mussten und erschossen wurden. Der Gang im Februar über Schnee, vorbei an kahlen Bäumen, Georg Heuberger sel. A., damals Vorsitzender der Claims Conference, kleine Kerzen entzündend, die TOTEN-Stille an dieser Schlucht, was kann man sagen? Was man schreiben? Der, der gesagt und geschrieben hat, hieß Jewgeni Alexandrowitsch Jewtuschenko. Sein Gedicht aus dem Jahr 1961 über Babyn Yar hat ins Bewusstsein geholt, was so nicht bewusst sein sollte. Gedacht wurde den russischen Befreiern. Den ermordeten Juden verweigerte man offizielle Trauer und Gedenken. Eine jahrelange Diskussion um die Gedenkorte für Babyn Yar war nicht abgeschlossen, als ich dort war. Später hat man angefangen, das Gedenken nicht allein Jewtuschenko und Paul Celan, der sein Gedicht übersetzt hat, zu überlassen. Ein weiterer Gedenkort entstand. Im Februar 2022 kam die Meldung, Teile des Denkmals seien bei einem russischen Angriff zerstört worden. Dann wurde sie widerrufen. Was ist die Wahrheit? Die

*Über Babij Jar, da steht keinerlei Denkmal.  
Ein schroffer Hang der eine, unbehauene Grabstein.  
Mir ist angst.  
Ich bin alt heute, so alt wie das jüdische Volk.  
Ich glaube, ich bin jetzt ein Jude.  
Wir ziehn aus Ägyptenland aus, ich zieh mit.*

*Anfang des Gedichtes Babyn Yar von Jewgeni Jewtuschenko  
in der Übersetzung von Paul Celan*

Wahrheit hat uns ein alter Mann erzählt, dessen Kindermädchen ihn aus der jüdischen Menschenmenge zwischen den Deutschen und den geifernden Hunden herausgerissen hat: „Das ist ein Irrtum, das ist ein Irrtum.“ Und so konnte das Kind, dessen Hand die junge Frau fest umklammert hielt, umkehren. Die anderen wurde zur Schlucht getrieben.

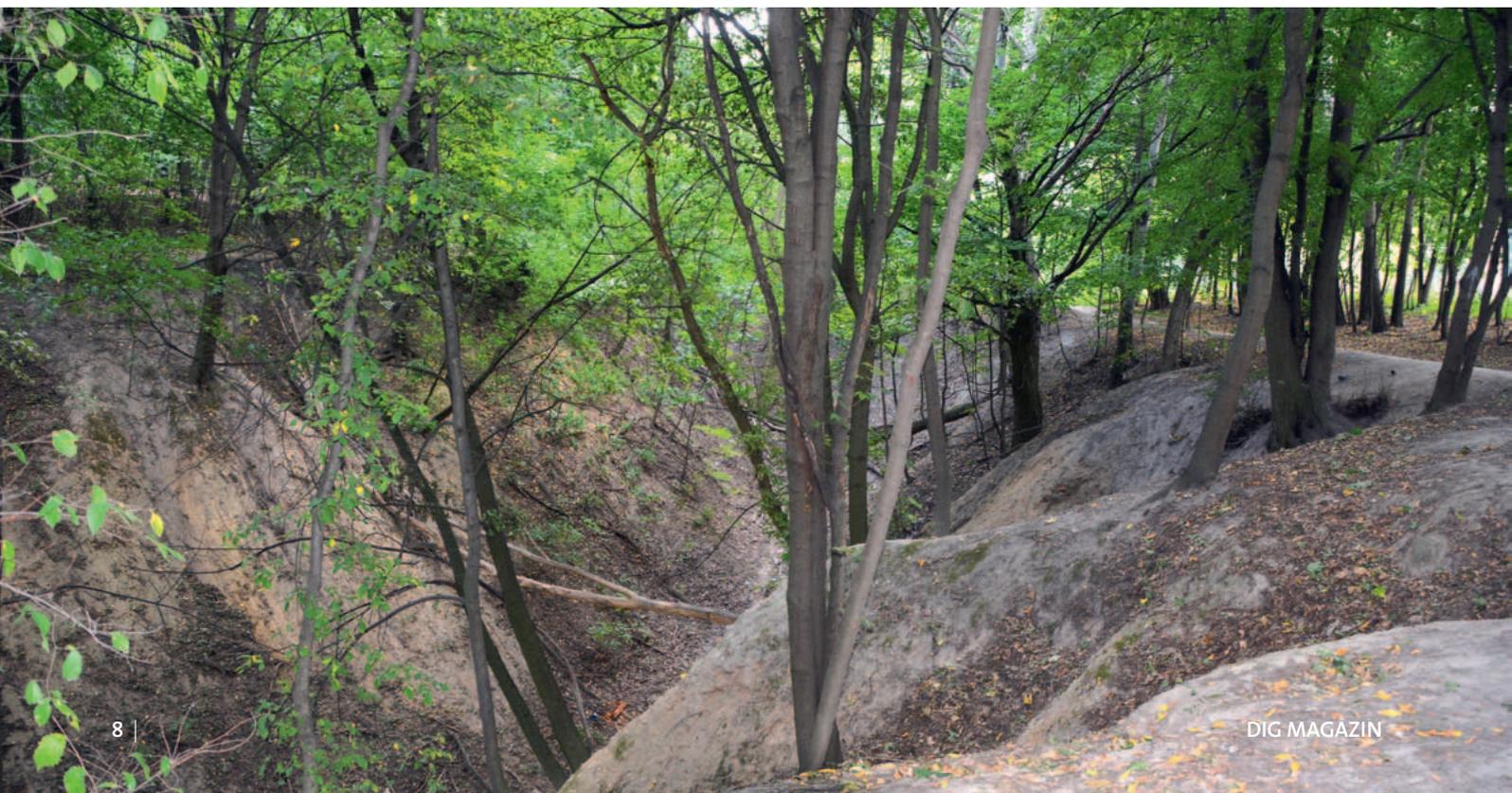
**Shitomir**

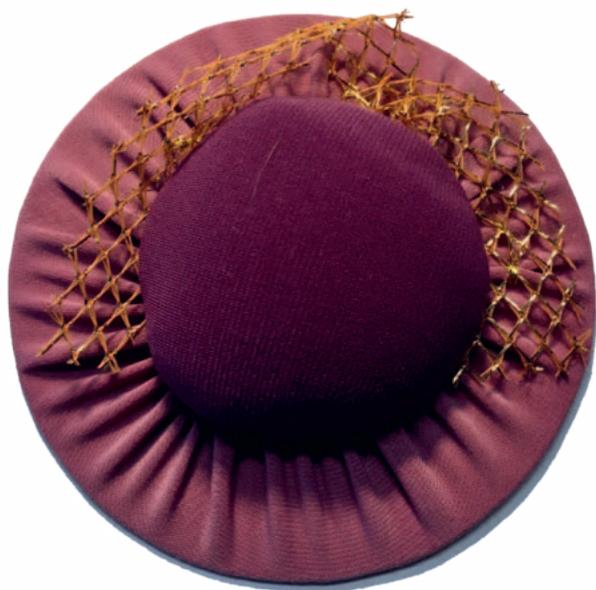
Holocaust-Überlebende, selbst als Child Survivor schon betagt, und die Arbeit der Jewish Claims Conference zu erleben war Sinn der Aufenthalte in Winnitsa und Shitomir. Bis heute verhandelt die Jewish Claims Conference mit der deutschen Regierung über Entschädigungsfonds für Opfer des Holocaust: erst im vergangenen Jahr, 2021, konnten als Ergebnis dieser Verhandlungen

6500 Überlebende erstmals mit einer Rente versorgt werden. In Shitomir und Winnitsa betreut, wie in allen Ländern des ehemaligen Ostblocks, der Jewish Joint die zumeist einsamen und armen Menschen. Mit Programmen von Lebensmittelscheinen über „Warm Homes“, kleine, vom Joint unterstützte Treffen zuhause bei Kaffee und Kuchen bis hin zu „Heseds“, sozialen Zentren, werden Programme geboten gegen Hunger, gegen Kälte, gegen frühe und jetzt wiederkehrende Erinnerungen. Die „Heseds“, die Sozialzentren, bieten von Spielen über Handarbeit bis hin zum Frisör und Arzt vieles und vor allem: Beisammensein. In der „Hesed Shlomo“ bekam ich ein Geschenk: ein Nadelkissen in Form eines eleganten Hütchens. Eine Erinnerung, die behütet werden muss. Und die Erinnerung an Bronya und Sofia, an Basya und Bella

**Babyn Yar: für immer Grauen**

Foto: [www.shutterstock.com/meunierd](http://www.shutterstock.com/meunierd)





### Mein geschenktes Nadelkissen

und Genya, die wir besucht haben? Sie sind geboren in den 20ern des letzten Jahrhunderts. Mussten sie noch einen Kriegerleben oder ...

*Wie damals, vor 10 Jahren sind es der Joint und die Claims Conference, die sich um das Überleben der Überlebenden kümmern: Vielerorts in Deutschland von Berlin bis Würzburg werden hochbetagte jüdische Menschen aus der Ukraine untergebracht, versorgt, betreut: Lebensspannen der Angst, des Versteckens, der Armut und der ewigen Flucht.*

### Lwow

Dieser blöde Witz: „Ich war schon in Österreich, in Polen, in Deutschland, in der Ukraine“, „Du bist aber rumgekommen“, „Nein, ich war immer nur in Lemberg.“ „Europa verweht“ titelte vor vielen Jahren eine Zeitung über Lwow, über Lemberg und so ist es: Kulissen auf den Bildern meiner böhmischen Großeltern ähneln dieser Stadt, dieser österreich-ungarische Flair, verweht, aber noch spürt man einen Hauch. In Lwow gibt es eine Eisenbahnstation, mit der sich Shimon Wlesenthal in seinen Erinnerun-

*In der christlich-jüdischen Henry und Emma-Budgestiftung begrüßt Rabbiner Steiman zwei alte Damen aus der Ukraine. Ihnen ein Heim zu geben sei selbstverständlich für das Haus, aus dem einst betagte jüdische Bewohner von den Nazis in den Tod getrieben wurden ...*

gen befasst hat. Vom Bahnhof Kleparovsky wurden Hunderttausende in das Vernichtungslager Belzec transportiert. Stadtrundgang. Eine Synagoge. Früher, da war ein Drittel der Bevölkerung der Stadt mit dem „wechselnden Standort“ jüdisch. In 300 Gebetshäusern lebten die Menschen ihren Glauben. Vor 10 Jahren wohnten hier etwa 8000 Juden. Und heute?

### Odessa

Nähert man sich vom Wasser der Schönen am Schwarzen Meer, sieht man als Erstes die Treppe. Die berühmte Potemkinsche Treppe, berühmt, weil Sergej Eisenstein, auch er jüdische Abstammung, in seinem Film „Panzerkreuzer Potemkin“ einen Kinderwagen über die Stufen rollen ließ. Dass

*„Die Jüdische Gemeinde in Frankfurt“, so DRK-Chef Dallwitz bei einem Gespräch „ist eine unersetzliche Hilfe für die geflüchteten Ukrainer in der Stadt“ und meint damit alle – von der Gemeinde selbst über Makkabi bis WIZO. Und das ist so überall, wo in Deutschland jüdische Gemeinden ansässig sind.*

das Baby im Wagen der spätere Intendant der Odessiter Oper war, erzählte man mir. Ist das wahr? Auch Dan Diner verarbeitet die Treppe: „Von Odessa aus gesehen, spielt sich Geschichte in Ostmitteleuropa ab.“ „Abgesehen“ – im Wortsinn – von der Treppe, abgesehen von den herrlichen Allees, Parks und Gebäuden, die wir letztendlich Katharina der Großen verdanken, ist die Moldawanka das Faszinosum.



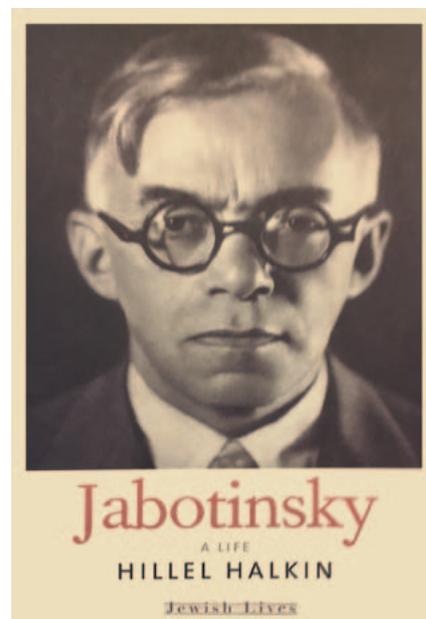
Gauner und Bettler und Juden waren hier zuhause, das Denkmal aber diesem Viertel hat Isaak Babel gesetzt: Die „Geschichten aus Odessa“ lassen die Moldawanka leben. Aber Odessa ist mehr: Stadt der großen Zionisten wie Dizengoff, später erster Bürgermeister Tel Avivs oder Ze'ev Jabotinsky, der den Irgun gründete.

Auch Odessa. „Mir ist angst“ schreibt Jewtuschenko.

### Die Krim

Ich weiß es. Sie gehört nicht mehr an diese Stelle. Europa verweht.

Claudia Korenke





Angemessen – Staatssekretär und (Noch)-DIG-Präsident Uwe Becker spricht im Allianz Forum am Pariser Platz

# Ernst-Cramer-Medaille für die Generäle Amikam Norkin, Israel und Ingo Gerhartz, Deutschland

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) verleiht alle zwei Jahre die Ernst-Cramer-Medaille an Personen des öffentlichen Lebens, die sich auf besondere Art und Weise um die deutsch-israelischen Beziehungen verdient machen.

In diesem Jahr bekamen der israelische Generalmajor Amikam Norkin und der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Ingo Gerhartz, die, nach dem jüdischen Shoa-Überlebenden benannte Ernst-Cramer-Medaille verliehen.

Mit ihrem Vorbeiflug mit deutschen Euro Fighters und israelischen F16 an der KZ Gedenkstätte Dachau und dem Überflug des israelischen Parlaments Knesset setzten die beiden Generalmajore Norkin und Gerhartz ein historisches Zeichen für die Geschichtsbücher beider Staaten.

„Die Auszeichnung mit der Ernst-Cramer-Medaille als Angehöriger der deutschen Streitkräfte, gemeinsam mit meinem Freund General Amikam Norkin, macht mich sprachlos und berührt mich zutiefst“, eröffnete Generalleutnant Ingo Gerhartz seine Dankesrede. DIG Präsident Uwe Becker und Laudator Alexander Graf Lambsdorff überreichten die Medaille an beide Generäle und verdeutlichten, wie wichtig die enge Beziehungen der beiden Länder sind.

Graf Lambsdorff sprach in seiner sehr emotionalen Laudatio darüber, wie wichtig es sei, dass Frieden und Demokratie nicht als selbstverständlich angesehen werden dürfen und dass immer wieder diese Werte verteidigt werden müssten.



Generalmajor Norkin und Generalmajor Gerhartz

Generalmajor Gerhartz und Generalmajor Norkin machten unmissverständlich deutlich, dass Israel für die Luftwaffe der wichtigste Partner außerhalb des Natobündnisses sei und die gute militärische Kooperation und vertrauensvolle Freundschaft auf eine ganz neue und persönliche Basis gestellt würde. Eine berührende und emotionale Ernst-Cramer-Medailles-Verleihung endete mit den Worten von General Major Gerhartz: „I promise that we will continue to carry the flame.“ Wir versprechen, dass wir, die israelische Luftwaffe und die Deutsche Luftwaffe, die „Flamme am Brennen halten und viele gemeinsame Projekte umsetzen werden.“

Michaela Engelmeier  
Generalsekretärin DIG



Alexander Graf Lambsdorff bei seiner Laudatio



DIG Präsident Uwe Becker

61 ist die Mehrheit

# Drei Jahre und fünf Knesset-Wahlen weiter ...

**Ein Jahr hat sie gehalten, die Koalition aus acht Parteien in Israel. Nun hat sich das Parlament aufgelöst und am 1. November stehen die fünften Wahlen innerhalb von drei Jahren an. Ist es ungeachtet aller Widrigkeiten einmal mehr Netanjahu, der eine Mehrheit in der Knesset zusammenbringen wird?**

**Das „Experiment“, Araber in die israelische Regierung zu holen, dürfte für lange Zeit gescheitert sein“. Das mutmaßt auch unser Autor Oliver Vrancovic, der in Tel Aviv und Stuttgart lebt. Vrancovic ist Vorsitzender der selbständigen DIG in Stuttgart.**

„Im Mai 2020 kam es begleitend zum Raketenterror palästinensischer Terroristen aus dem Gazastreifen zu heftigen Ausschreitungen israelischer Araber, die teilweise pogromartige Formen annahmen und von denen auch die gemischte Stadt Ramle erfasst wurde. Unweit meiner Wohnung wurden Autos abgeackelt, eine Synagoge in Brand gesteckt und Wohnhäuser mit Feuerwerkskörpern angegriffen. Im benachbarten Lod, dem Epizentrum der blutigen Ausschreitungen, fiel ein 56jähriger Nachbar einer Arbeitskollegin einem Lynchmord zum Opfer. Die Krawalle in den gemischten Städten Lod und Ramle konnten erst durch Grenzschutz und Spezialeinheiten des Inlandsgeheimdienstes erstickt werden. Das gelingende multiethnische und multi-religiöse Nebeneinander, dass ich überall zu sehen geglaubt hatte, erwies sich als Illusion. Wie viele Israelis fühlte ich mich durch die gewaltsame Aufkündigung der

Koexistenz durch nicht wenige israelische Araber betrogen.

Der arabische Mob wütete nicht nur in Lod und Ramle und anderen gemischten Städten sondern auch auf Überlandstraßen im Norden und Süden des Landes, wo Juden tödliche Hinterhalte fürchten mussten. Auf der anderen Seite machte eine vergleichsweise kleine Anzahl junger jüdischer Nationalisten bei der Zerstörung der Koexistenz mit, zerstörte das Eigentum von Arabern und griff Araber an.

Nach Ende der Ausschreitungen hat sich das Nebeneinander als untrennbarer Teil des israelischen Alltag wieder eingestellt, doch die Idee, dass daraus ein Miteinander entstehen kann, ist schwer beschädigt.

Gleichfalls wurde wenige Wochen nach dem Ende der Ausschreitungen eine Mehrparteienregierung unter Einbeziehung

der arabisch islamistischen Partei Ra'am gebildet. Die „Regierung des Wechsels“ versprach Kompromisse statt Intrigen und die Bilanz ihres ersten Regierungsjahrs ist beachtenswert. Die Regierung hat den ersten Haushalt seit vielen Jahren verabschiedet, die Wirtschaft angekurbelt, Hürden für Importe beseitigt und die Koscher-Zertifizierung liberalisiert. Die Menschen im Umland von Gaza erlebten das ruhigste Jahr seit langer Zeit. Die Sicherheitspolitik der Regierung war rechtskonservativer als die der Regierungen Netanyahu und ihre diplomatischen Erfolge, auch hinsichtlich der Normalisierung der Beziehungen mit arabischen Ländern, stehen dieser in Nichts nach.

Wenn das Aus der Regierung nach knapp einem Amtsjahr trotzdem besiegelt wurde, dann, weil Identitätsfragen ihre zählbaren Erfolge übertrumpften. Netanyahu, der dem Ra'am Vorsitzenden Abbas die

Aufwartung und viele Offerten gemacht hatte, empörte sich nun in der Grauzone demokratischer Gepflogenheiten agierend, über die vermeintliche Abwicklung des jüdischen Staates.

Die Beziehung zwischen Ra'am und den zionistischen Parteien der Regierung entsprach der Beziehung der ultraorthodoxen Parteien zu ihren zionistischen Koalitionspartnern in den Regierungen Netanyahu. Wie die Ultraorthodoxen, lässt sich Ra'am die Mehrheitsbeschaffung mit überproportionalen Zuwendungen an die eigene Klientel, zum Beispiel an die Beduinen im Negev, vergelten.

Als die Regierung informelle beduinische Siedlungen im Negev an das Stromnetz anschloss und sich vermeintlich nachgiebig gegen gewaltsame Proteste von Beduinen gegen eine KKL Pflanzaktion zeigte, beklagten ihre Gegner die Aufgabe der jüdischen Souveränität im jüdischen Staat. Netanyahu, der die Legitimität der Regierung nie anerkannte, betrieb eine Fundamentalopposition und stimmte mit seinen Vertrauten grundsätzlich gegen die Regierung.

Die Schwierigkeiten der Mehrparteienregierung unter diesen Umständen wurde bei der Abstimmung über die Verlängerung eines Gesetzes deutlich, das den Ehepartnern von israelischen AraberInnen grundsätzlich ein Aufenthaltsrecht in Israel verwehrt, wenn diese aus den palästinensischen Gebieten kommen. Ohne die Stimmen von Ra'am fehlte der Koalition die eigene Mehrheit. Netanyahu und seine Vertrauten erklärten, dass das „Experiment“, Araber in die Regierung zu holen, gescheitert sei.

Von der zunehmenden Polarisierung profitieren vor allem die Rechtsextremen, die laut Prognosen auf eine Verdopplung ihrer Sitze im November hoffen dürfen.

Inmitten der anhebenden Stimmungsmache gegen die Regierung wurde Israel in den Tagen vor Pessach, Ostern und Ramadan von einer Reihe hinterhältiger Terroranschläge erschüttert.

Den vier Terroranschlägen in Be'er Sheva, Hadera, Bnei Brak und Tel Aviv, ausgeführt



Yair Lapid, Interims-Regierungschef

in drei Fällen mit Schusswaffen in der Absicht Massaker zu begehen, fielen 14 Menschen zum Opfer. Dutzende Anschläge konnten vereitelt werden. Die Terroristen, die in Be'er Sheva und Hadera gemordet haben, waren israelische Araber. Terror und Unruhen auf und um den Tempelberg in den Tagen vor und während Ramadan verstärken das Bedrohungsszenario arabischer Pogrome.

Von Seiten politischer und religiöser arabischer Führer, aber auch jüdischer Rechtsextremer, wurde aktiv auf eine möglichst entfesselte Eskalation hingewirkt. Der Knesset-Abgeordnete Ayman Odeh, Vorsitzender der Arabischen Vereinten Liste, hatte in einer Ramadan-Ansprache arabisch-israelische Sicherheitskräfte aufgefordert, ihre Waffen niederzulegen und Befehle zu verweigern.

Das genaue Gegenteil davon hat der arabische Polizist Amir Khoury getan, der sich dem Terroristen in Bnei Brak entgegenstellte und so zahllose Leben rettete. Khoury, der dabei sein eigenes Leben verlor, gilt der israelischen Mehrheitsgesellschaft als Held.

Während der zunehmenden Spannungen vor und während der Feiertage und Ausschreitungen auf dem Tempelberg verstärkte Netanyahu den Druck auf die rechten Abgeordneten. Auf die Abgeordneten von Ra'am wirkte indes der Druck religiöser Autoritäten und das Ende der

Koalition schien nur noch eine Frage der Zeit.

Als bei der Knesset-Abgeordneten Idit Silman und ihrem Mann von Yamina die Versprechungen Netanyahus verdingen und sie ins Lager der Opposition wechselte, blieben der Regierung nur noch 60 von 120 Mandaten. Ra'am setzte die Regierungsbeteiligung zeitweise aus. Die arabische Meretz – Abgeordnete Ghaida Rinawie Zoabi, verkündete nach dem Tod der Journalistin Shireen Abu Akleh ihr Ausscheiden aus der Koalition und ruderte dann wieder zurück. Wie der Ra'am Abgeordnete Mazen Ghanaïm aber erklärte sie beim Thema Siedlungen, gegen die Koalition zu votieren.

Die Abstimmung über die Verlängerung des Notfallgesetzes, nach dem für Siedler die israelische Rechtssprechung gilt – einem zentralen Anliegen aller zionistischen Parteien von Mitte-Links bis ganz Rechts – wurde mit nur 52 Ja-Stimmen zum Desaster für die Regierung und läutete deren Ende ein. Die Fundamentalopposition Netanyahus ging auf.

Nachdem mit Nir Orbach noch ein Abgeordneter von Yamina ins Oppositionslager übergelaufen war, verkündeten Yair Lapid und Naftali Bennett die Auflösung des Parlaments.

Das „Experiment“, Araber in die Regierung zu holen, dürfte für lange Zeit gescheitert sein.

Yom Fixe mit dem israelischen Botschafter

## Abschied nach fünf Jahren: der Botschafter des Staates Israel, Jeremy Issacharoff, hat Deutschland verlassen

Rückblick mit den Mitgliedern der DIG Berlin und Brandenburg e.V. und Ausblick auf die deutsch-israelischen Beziehungen aus Sicht eines Diplomaten, der jetzt Privatmann ist.



**Zwei mit neuen Lebensplänen:**

**Unser ehemaliger Präsident Uwe Becker (links) ist als Staatssekretär tätig, Botschafter a. D. Jeremy Issacharoff hat sich in den Ruhestand verabschiedet. Eine der letzten Veranstaltungen in der Amtszeit des Botschafters hat die DIG Berlin/Brandenburg organisiert. Hier lesen Sie, was Jeremy Issacharoff der DIG mit auf den Weg gibt:**

Der Yom Fixe war ein Highlight für die rund 80 Personen, die jetzt noch einmal die Möglichkeit hatten, den israelischen Botschafter Jeremy Issacharoff vor dem Ende seiner Dienstzeit persönlich zum informellen Gespräch zu treffen.

Im Mittelpunkt stand seine Einschätzung der deutsch-israelischen Beziehungen nach fünf Jahren im Amt. Am wichtigsten ist für ihn die enge strategische Partnerschaft beider Länder. Mit regelmäßigen, gegenseitigen Besuchen auf hoher Ebene hätten sich die Beziehung so weit entwickelt, dass nicht nur Deutschland eine Verantwortung gegenüber dem jüdischen Staat Israel trage, sondern auch Israel Verantwortung für die Sicherheit Deutschlands übernehme. Während seiner

Amtszeit haben sowohl in Israel als auch in Deutschland Wahlen und Regierungswechsel stattgefunden. Zusätzlich habe die Pandemie vieles erschwert. Daher stehe man aktuell an einer Zeitenwende.

Dennoch ist der Botschafter sich sicher, dass die deutsch-israelischen Beziehungen stark bleiben. Die Mitglieder des deutschen Bundestages hätten Solidarität gezeigt, als Raketen auf Israel flogen. Die Kooperation in Wissenschaft, Forschung und Kultur sei großartig, nur wisse die breite Öffentlichkeit davon zu wenig. Jochen Feilcke, Vorsitzender der DIG BB, übersetzte die Aussagen von Issacharoff während der Veranstaltung ins Deutsche und fügte an dieser Stelle hinzu, dass er als Auftrag an die DIG mitnehme, sich hierfür einzusetzen.

Auf die Frage, was wir als DIG noch tun können, wies Issacharoff darauf hin, dass Antisemitismus nicht nur eine Bedrohung für Juden sei, sondern generell eine Bedrohung für die Demokratie. Nur wenn gemeinsam gegen Antisemitismus gekämpft werde, könnten Demokratie und Vielfalt überleben.

Das deutsche Abstimmungsverhalten gegen Israel bei den Vereinten Nationen kritisierte er zwar, meinte aber auch, dass es sich stetig verbessert habe. Man solle das breite Bild sehen. Und da würden Deutschland und Israel strategisch miteinander sehr gut kooperieren. Bei einer Klage der Palästinenser vor dem Internationalen Gerichtshof beispielsweise habe Deutschland an der Seite Israels gestanden.

Für den Botschafter ist es ein sehr persönlicher Abschied. Beim Rückblick auf seine Zeit in Deutschland habe er eine komplizierte Gefühlslage. Menschen wie Margot Friedländer und Charlotte Knobloch hätten ihn viel über die Shoah gelehrt. Besonders beeindruckt habe ihn dann der gemeinsame Besuch des deutschen und des israelischen Präsidenten in Auschwitz. Es war ein starkes, einmaliges Zeichen, dass zwei Länder, die auf eine so schreckliche Geschichte zurückblickten, nun versöhnlich zusammenstehen könnten. So machen ihm die starken deutsch-israelischen Beziehungen Hoffnung, wenn sie wie bisher gepflegt werden. Nicht immer sei man einer Meinung, z. B. wenn es um Iran oder um die Palästinenser gehe. Aber die besonderen Beziehungen basierten auf der strategischen Partnerschaft und den gemeinsamen Werten, und das werde sich nicht ändern.

**Aras-Nathan Keul, Paula Ranft  
DIG Berlin und Brandenburg e. V.**

Junges Forum Berlin

# Das JuFo Berlin hat einen neuen Vorstand

Das JuFo Berlin bietet durch seinen Zuständigkeitsbereich in der Landeshauptstadt viele wertvolle Begegnungen mit politischen Vertreter:innen, Diplomaten und israelischen sowie deutschen Politiker:innen. Unsere Verantwortung, die deutsch-israelischen Beziehungen fortwährend zu stärken, nehmen wir durch die Veranstaltung von diversen Workshops, Treffen und Events wahr.

Das JuFo Berlin hat einen neuen Vorstand: Paula Ranft, Daniel Hunkel und Noa Luft. Während der regelmäßig – zurzeit noch digital – stattfindenden Jour Fixe-Veranstaltungen plant der JuFo Berlin Vorstand gemeinsam mit den Mitgliedern anstehende Veranstaltungen und Seminare.

Die Amtsperiode des neuen Vorstandes begann mit einem zweiteiligen Seminar zum Thema „Deutschland und Israel nach der Bundestagswahl – wie sind die Perspektiven auf Israel“. Dafür lud das JuFo Berlin den Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Botschaft des Staates Israel in Deutschland, Yaki Lopez, ein. Die Seminarreihe endete mit einem Gespräch des israelischen Botschafters in Deutschland, Jeremy Issacharoff. Die Mitglieder des JuFo Berlin erhielten intensive Eindrücke in die politische Zusammenarbeit von Deutschland und Israel – insbesondere aber in die zu erwartenden Veränderungen durch die neue Bundesregierung.

Noa Luft, Paula Ranft, Daniel Hunkel



Teilnahme JuFo Berlin an der #WeRemember – Kampagne des JWC

Das Lager für Displaced Persons in Eschwege

## Als Ben-Gurion in Eschwege war

Zu Besuch am einzigen David Ben-Gurion-Denkmal Deutschlands in Eschwege: Dort und in der Synagoge Abterode können gut dokumentierte und aufbereitete Quellen zur sehr kurzen Geschichte des DP-Lager sowie zur langen Geschichte jüdischen Lebens in der Stadt und ihrem Umland entdeckt werden.

Anlässlich der zweiten jährlichen Klausurtagung reiste das JuFo Frankfurt am Main in die nordhessische Kleinstadt Eschwege. Im Jahr 2020 wurde für das Arbeitswochenende Kaub am Rhein, der Seminarort der Deutsch-Israelischen Studiengruppen Anfang der 1960er Jahre, gewählt. Diesmal fiel die Wahl auf Eschwege, denn hier steht auf einer Wiese am Stadtrand zwischen Finanzamt und einem verlassenem Parkplatz das einzige Ben-Gurion-Denkmal Deutschlands. Es ist ein seltenes Zeichen für die jüdische Selbstermächtigung un-

mittelbar nach der Shoah und die Vorbereitung auf die Gründung eines jüdischen Staates.

Das Gebäude des heutigen Finanzamts Eschwege ist Teil eines Komplexes von Backsteingebäuden: eine ehemalige Wehrmachtskaserne. Dort waren von 1946 bis 1949 zeitweilig über 3000 Menschen in einem jüdischen DP-Lager untergebracht. Etwa zehn Jahre zuvor hatte die Stadt sich noch hier mit einem Fliegerhorst erfolgreich einen Ausgangspunkt für den Angriffs- und Vernichtungskrieg

der Wehrmacht in die Stadt geholt, bevor der Ort von der U.S. Army vor allem für das Abwracken von Fliegern der Luftwaffe genutzt und 1946 schließlich ein Lager für DPs eingerichtet wurde. Nach antisemitischen Pogromen in Osteuropa 1946/47 suchten viele jüdische DPs in der amerikanischen Besatzungszone Schutz vor Verfolgung und Aussicht auf Auswanderung in die USA oder in das damalige britische Mandatsgebiet Palästina. Die britische Besatzungszone war mit dem brutalen Vorgehen gegen die Einwanderung in das britische Mandats-

gebiet Palästina verbunden, sodass die amerikanische Zone als der beste unmittelbare Zufluchtsort galt.

An einem kalten Samstag standen nun die zwölf Mitglieder des Frankfurter JuFo, nach einem zur Geschichte der Stadt im NS geführten Rundgang durch die Altstadtgassen und einem langen Fußweg an der Hauptstraße entlang, an besagtem Denkmal. Dort traf das JuFo Martin Arnold, den Vorsitzenden des Vereins der Freundinnen und Freunde des jüdischen Lebens im Werra-Meißner-Kreis, der von der Geschichte des DP-Lagers erzählte. Hier entstanden, wie in anderen DP-Lagern, rasch eine Lagerzeitung, ein Kindergarten, eine Grundschule und mehrere Synagogen. Außerdem wurden Landwirtschaft und Schulungen zur Vorbereitung auf die Aliyah betrieben. So war eine gesamte Infrastruktur entstanden, die einen selbstbestimmten Alltag für die Tausende im Lager ermöglichte, aber vor allem mit der Perspektive auf Auswanderung verbunden war und darauf vorbereiten sollte. Das Lager war bezüglich der Auswanderung in faktischer Selbstverwaltung, während die alltägliche Versorgung neben der landwirtschaftlichen Selbstversorgung durch die amerikanische Militärverwaltung, der UNRRA<sup>2</sup> und dem AJDC<sup>3</sup> gewährleistet wurde. Auf Demonstrationen in der Eschweger Innenstadt, wo kurz zuvor noch ein Adolf-Hitler-Platz zu finden war, wurde unter anderem gegen den britischen Einwanderungsstopp in Palästina demonstriert. Von der zentralen Stellung, der Emanzipation in allen Aspekten des Lebens für die jüdischen DPs, zeugt ein jiddisches Banner auf der Demonstration: „Wir tragen ein [d. h. präsentieren] / auch unsere Frauen / und ihre Waffen“<sup>4</sup>.



Mitglieder des Jungen Forum Frankfurts an dem David Ben-Gurion Denkmal in Eschwege, links im Bild ist Martin Arnold.

Insgesamt war der allergrößte Teil der im DP-Lager Eschwege Lebenden – aus der Erfahrung des Antisemitismus, der auch nach 1945 kein sicheres Leben in Europa ermöglichte – zur Auswanderung nach Palästina und der Mitwirkung am Aufbau eines jüdischen Staates entschlossen. Der Name der jiddischen Lagerzeitung war folgerichtig übersetzt „Unsere Hoffnung“.

Der damalige Vorsitzende der Jewish Agency, David Ben-Gurion, kam auf einer Europareise am 15. Oktober 1946 in das DP-Lager Eschwege. Er wurde, so Martin Arnold, mit Blumen und Gesang der Kinder sowie einer Versammlung von mehreren Tausenden Menschen freudig empfangen. Auf dem David Ben-Gurion-Denkmal wird aus seiner Rede vor der Menge zitiert: „Der Tod von sechs Millionen Opfern, erlegt uns die größte Pflicht unserer Geschichte auf, ein solches Unglück nie wieder geschehen zu lassen. Wir können unsere Väter und Mütter nicht auferwecken, aber unsere Pflicht ist zu sichern, dass solches Unheil nie wieder geschieht.“ In der Dokumentation des Erinnerungsorts der Synagoge Abterode werden Ben Gurions Worte danach ebenso

erwähnt: „Das jüdische Volk braucht wie alle anderen Völker eine Armee, ein Land und eine Regierung, um sich zu schützen.“

Im nahe Eschwege gelegenen Ort Abterode wurde ein großer Schatz an digitaler Dokumentation der Zeit aufbereitet. Der Verein der Freundinnen und Freunde jüdischen Lebens in der Region Werra-Meißner hat hier im Obergeschoss der ehemaligen Synagoge einen Erinnerungsort mit viel Material auf Tablets, Büchern, Fotos und einer Virtual-Reality-Brille eingerichtet. Erhalten waren individuelle Biographien, Berichte, Photographien und Videos vom Lager, ein Digitalisat der Lagerzeitung. Ebenso interessant erwies sich der jüngst gegründete Erinnerungsort zur langen Geschichte der dortigen jüdischen Gemeinde. Erst vor kurzem wurde hier im benachbarten Pfarrhaus eine Genisa entdeckt, die sowohl Zerstörung und Plünderung der Synagoge und die Zeit derselben als Düngemittel-Lager überlebt hatte. Darin enthalten waren unter anderem eine etwa 200 Jahre alte Esther-Rolle und ein Thora-Wimpel.

Kolja Huth  
DIG Frankfurt

1 DP-Lager sind Flüchtlingslager für die von den Alliierten sogenannten „Displaced Persons“, die in der Folge der Kapitulation der Wehrmacht beinahe ausschließlich in der amerikanischen Besatzungszone eingerichtet wurden. Viele der DPs waren Jüdinnen und Juden, die den antisemitischen Vernichtungsapparat des Nationalsozialismus überlebt hatten.

2 „United Nations Relief and Rehabilitation Administration“, d. h. die Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen, die von den Alliierten eingerichtet wurde.

3 Die „American Jewish JOINT Distribution Committee“ war eine jüdische Organisation in den USA, die die Versorgung jüdischer Überlebender nach 1945 in Europa zu großen Teilen ermöglichte.

4 So eine mögliche Übersetzung des jiddischen Originals. „Wir tragen ein“ soll so viel heißen wie „wir präsentieren hier“. Es wird somit Stolz ausgedrückt, dass hier demonstriert wird, dass auch gleichberechtigt Frauen Teil der Parade sind und zuletzt, dass auch Frauen Waffen tragen und bereit sein werden, sich zu verteidigen.

## Gedenkstättenfahrt des JuFo Bamberg

# Zuhören, Erinnern, Weitergeben

Erinnerung und aktives Gedenken an die Verbrechen der Shoa waren und sind zentrale Inhalte der israelsolidarischen Arbeit von DIG und Jungem Forum. Aus diesem Grund organisierte das Junge Forum Bamberg deshalb eine Fahrt in die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau.

Ein umfangreiches Programm erwartete die 12 Interessierten und Mitglieder des Jungen Forums Bamberg auf der Exkursion in die Gedenkstätte am Ortsrand Dachaus. Ein Wochenende lang durften die Teilnehmenden gemeinsam lernen, erfahren und zuhören. Nach einem ersten Kennenlernen, da sich das JuFo Bamberg über gleich sieben externe Teilnehmende freuen durfte, wurde sich bereits am ersten Abend in Diskussionen vertieft: Wie funktioniert Erinnern heute? Welchen Zweck hat das Gedenken für nicht-jüdische Deutsche – und welche Formen sind überhaupt sinnvoll? Verkommen Fortbilden, Erinnern und Mahnen zunehmend zum Selbstzweck?

Am Samstag stand mit einer ersten ausführlichen Führung über das Gelände zunächst ein vielleicht „obligatorischer“ Programmpunkt an – leicht aber war er nicht. Im ersten und dadurch „Muster“-Konzentrationslager wurden innerhalb von 12 Jahren insgesamt 200.000 Häftlinge gequält, gedemütigt und ihres vorherigen Lebens beraubt. Über 40.000 Menschen wurden im KZ Dachau ermordet. Zu Beginn der Inhaftierung politischer Gegner dienend, waren bald alle Opfergruppen vertreten: Jüdinnen, Juden, Homosexuelle, Aktive der politischen Linken, sogenannte Bibelforscher, Sinti und Roma.

Die Teilnehmer besichtigten das ganze Gelände, darunter den weiten, vor Sonne, Wind und Regen ungeschützten Appellplatz, dem gegenüber sich demonstrativ mächtig und symmetrisch gebaut das Kommandantur- und Wirtschaftsgebäude erhebt. Dort zeugen auch zwei Rekonstruktionen von den über 30 Baracken. Ausgelegt für 200 Menschen wurden in den letzten Jahren des Krieges bis zu 1600 Inhaftierte hier zusammengepfercht. Tod durch mangelnde Hygiene war wie der Tod durch Arbeit gezielt Teil des Vernichtungsplans.

Ein Moment größter Emotion war die Begegnung mit Abba Naor. Er hatte den Weg in die KZ-Gedenkstätte auf sich genommen, um als Zeitzeuge von seinem Erlebten zu berichten. Die Erzählungen Naors brachte Anekdoten aus seiner Kindheit zum Leben, nahm uns auf lange Wege mit und berichtete von Freude und Leid, von Liebe und Tod. Aus Kaunas stammend, wurde er als Junge in das dortige Ghetto deportiert, bevor er über Umwege nach Dachau kam. Schwerer Arbeitsdienst zehrte, wie es ein Mensch kaum zu überleben vermag. Seine Familie hatte er da schon lange nicht mehr gesehen – er hingegen überlebte gar den Todesmarsch.

Auch bei dem Bericht aller darauffolgenden Erlebnisse zeugte Abba Naor vor allem von einem: Stärke. Die Stärke, nach dem vernichtenden Feldzug gegen ihn, seine Familie und sein Volk in den neu gegründeten Staat Israel zu emigrieren und in Shin Bet und Mossad für diesen zu kämpfen. Die Stärke, nach den Begegnungen mit Leid und Mord voller Überzeugung Kinder in die Welt zu setzen und heu-



Die Teilnehmenden vor dem Studienzentrum im Max Mannheimer-Haus

te bereits zehn Urenkel zählen zu können. Und die Stärke, regelmäßig die Reise nach Deutschland und an den Tatort der ehemaligen Qual auf sich zu nehmen, um seine Geschichte zu erzählen.

Abba Naor legte für sein Zeugnis ab und die Mahnung, niemals aufzuhören: Weiter Menschen zuzuhören, an Tote zu erinnern, Geschichten weiterzugeben. Das

Bildungswochenende endete mit dem individuellen Rundgang über das Gelände und der Besichtigung der umfassenden Dauer Ausstellung der Gedenkstätte. Chronologisch aufgeführt begleitet sie die Besuchenden von erstem Weltkrieg über die sukzessive Machtfestigung der NSDAP und die Errichtung des Lagers Dachau bis zur Befreiung durch die US-Armee 1945. Das am Vortag Gehörte wurde so wiederholt in Erinnerung gerufen und begleitete die Besucher durch die gesamte Ausstellung.

Am Ende einer solchen Exkursion ist und bleibt vieles zu sagen. Manches davon ist in Worte zu fassen, zu viel aber nicht. Auch das hundertste Foto, der tausendste Text und die emotionalste Erzählung kann nie das Geschehene und das den Opfern Angetane nachempfinden lassen.

Die Teilnehmer empfanden, es bliebe nur eines – und das dafür aus umso größerer Überzeugung: Heutigem Antisemitismus die Stirn zu bieten. Mit Jüdinnen: Juden solidarisch zu sein, wo auch immer sie angegriffen werden. Aufzuschreien, wenn Menschen entrechtet und unterdrückt werden. All das unter der einen Maxime: Dass Auschwitz nie wieder sei.

Max Braun  
DIG Bamberg

# Junges Forum in Kiel gegründet

In Kiel hat sich nach langer Zeit eine Ortsgruppe des Jungen Forums gegründet. Während die Verbindung von Schleswig-Holstein zu Israel eher über U-Boote entstanden ist, gibt es dennoch viele Arbeitsfelder und Projekte, die es anzupacken gilt.

Erste Versuche, die Gruppe zu gründen, gab es schon bereits 2019. Allerdings waren die ersten richtigen Zusammentreffen mit genügend Menschen erst im Sommer des letzten Jahres. In einer Zeit, in der Israel auch wieder sichtbar, also nicht nur verbal, angegriffen wurde, trafen junge Leute aus den unterschiedlichsten politischen Richtungen zusammen, um an Israels Seite zu stehen.

Wir haben als Erstes Veranstaltungen organisiert, die auf die Landtagswahl in Schleswig-Holstein abzielten. Eine Reanimierung alter DIG-Strukturen oder die Vernetzung mit anderen politischen Gruppierungen sind weitere Ziele, die wir uns gesetzt haben. Israel ist nicht nur ein historischer Ort, der zweifelsfrei den besten Humus hat, sondern auch eine multikulturelle Brücke zwischen antikem Erbe und moderner Gesellschaft. Deswegen wollen wir uns auch verstärkt mit dem Thema ‚israelische Partnerstadt für Kiel‘ auseinandersetzen. Auch wenn es in Kiel schon vereinzelte Aktionen



Gruppenfoto aktiver JuFo Kiel Mitglieder

gegen Antisemitismus gibt, wollen wir mit unserer Hochschulgruppengründung zusätzlich noch universitäre Akzente setzen.

Felix Hillenkamp, Ulrike Truberg  
JuFo Kiel

# Junges Forum in Rostock gegründet

In Rostock hat sich eine Ortsgruppe des Jungen Forums gegründet. Mitglieder erzählen uns über ihre Motivation, Ziel für die Zukunft und Verbundenheit mit Israel.

### 1. Warum haben wir eine JuFo Gruppe in Rostock/MV gegründet?

Leider ist das Thema Antisemitismus und Jüdisches Leben allgemein etwas unterrepräsentiert in Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben den Verein gegründet, um Aufklärungsarbeit zu betreiben und um auf das Thema Antisemitismus aufmerksam zu machen.

### 2. Warum sind wir aktiv geworden für die DE/IL Beziehungen?

Wir sind besonders wegen des einzigartigen Verhältnisses von Deutschland zu Israel aktiv geworden. Aufgrund der historischen Verantwortung Deutschlands für die Shoa betrachten wir es als zivilgesellschaftliche Verantwortung eines jede Einzelnen, im Sinne einer gelebten Erinnerungskultur, an die Shoa zu erinnern und auf Antisemitismus aufmerksam zu machen. Besonders in Anbetracht der ansteigenden „Normalisierung“ von Antisemitismus, welche oft als „Israelkritik“ getarnt wird.

### 3. Was verbinden wir mit Israel?

Mit Israel verbinden wir einen einzigartigen Ort für Juden, an dem sie frei von Verfolgung leben können. Außerdem ist bemerkenswert, dass Israel die einzige Demokratie im Nahen Osten ist



JuFo Rostock Mitglieder bei der Gründungstreffen

und sich queere Menschen dort, ohne Angst vor Unterdrückung, frei entfalten können.

### 4. Was bewegt uns und was wollen wir in Rostock erreichen?

Unsere Vorhaben für die nächste Zeit sind die Organisation von Informationsveranstaltungen hinsichtlich des steigenden Antisemitismus in Deutschland und auch die Durchführung von Veranstaltungen, die auf das ehemalige jüdische Leben in Mecklenburg-Vorpommern, welches durch die NS-Zeit stark gelitten hat, hinweisen. Ein besonderes Anliegen ist es uns, die heranwachsende Generation zu sensibilisieren und ihnen den Staat Israel näher zu bringen.

Yannik van de Sand, Marianna Piruzyan, Jacqueline Dejosé  
JuFo Rostock

Junges Forum Köln

# Gründungsveranstaltung und Vorstandswahlen des JuFo Köln

Die Gründungsveranstaltung des Jungen Forums der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) Köln fand zu Jahresbeginn im Brunosaal der Pfarrgemeinde St. Bruno in Köln statt.

Der Vorsitzende der DIG Arbeitsgemeinschaft Köln, Johannes Platz, betonte in seinem Grußwort, dass die DIG in Köln ausgesprochen viele junge Mitglieder habe und er sich sehr darüber freue, dass sie nun mit dem Jungen Forum (JuFo) der DIG ein eigenes Forum zum Austausch, für Vernetzung und für jugendspezifische Veranstaltungen haben. Außerdem riefen der Bundesvorsitzende des Jungen Forums der DIG, Aras-Nathan Keul, und der Vizepräsident der DIG im Bund, Philipp J. Butler Ransohoff, die eigens nach Köln gekommen waren, in ihren Glückwünschen dazu auf, aus dem Netzwerk des JuFo in die Jugendorganisationen der Parteien und die Jugendverbände hinein zu wirken.



Angelika Scherb bedankt sich für das Vertrauen

Im Rahmen dieser Gründung wurde auch ein Vorstand gewählt: Die stellvertretende Vorsitzende der DIG AG Köln, Angelika Scherb, wurde zur Vorsitzenden des JuFo Köln gewählt. Komplettiert wird der Vorstand durch ihre beiden Stellvertreter Fridolin Morhart und Johann Schelesti. „Der Vorstand des Jungen Forums Köln will die Arbeit der DIG Köln bereichern und neue Impulse setzen“, betonte Angelika Scherb eingangs.

Johann Schelesti wird sich im Vorstand vor allem für eine lebendige und vielfältige deutsch-israelische Beziehung stark machen, die sich aus der Mitte der Gesellschaft heraus, entschieden gegen jegliche Formen von Antisemitismus, Antizionismus und Rassismus stellt.

Fridolin Morhart wünscht sich, dass Israel im öffentlichen Diskurs mehr als ein modernes Land wahrgenommen wird, als es aktuell der Fall ist. Denn Israel sei ein moderner, weltoffener, demokratischer Rechtsstaat. Eine Heimat für viele, die in

den benachbarten Staaten verfolgt und gefoltert werden. Es sei ein Staat, der den Bürgern die Möglichkeit gibt, sich zu entfalten und somit eine Bastion für Weltoffenheit und Stabilität im Nahen Osten bildet.

Angelika Scherb betonte in ihrer Rede, dass jede Generation aufs Neue gefordert sei, für ein offenes und friedliches Miteinander der Gesellschaft, in der sie lebt, einzutreten. Gerade deshalb sei es wichtig, dass Mitglieder des Jungen Forums Ihre Generation mitprägen und als Multiplikatoren für ein positives Israelbild in ihren Kreisen wirken, gegen jede Form des Judenhasses vorgehen und sich für jüdisches Leben heute und in der Zukunft einzusetzen. Und dazu gehöre auch jüdisches Leben in Israel. Außerdem sei es wichtig, dass die deutsche Staatsräson keine Floskel bleibe, sondern gelebt wird: Israels Sicherheit und die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern müssten hochgehalten werden. Kränze

niederzulegen oder jährlich Stolpersteine zu putzen reiche alleine nicht.

Abschließend bekräftigte Angelika Scherb, dass der Vorstand nun voller Tatendrang und motiviert sei, ein lebendiges und engagiertes JuFo aufzubauen, welches die Mitgliedschaft in ihre Arbeit inkludiert und offen für neue Ideen ist.

Erste Veranstaltungen seien schon in Planung, wie ein Kennenlernabend, eine Weinverkostung und Vernetzungstreffen mit politischen Entscheidungsträgern, Organisationen und Vereinen vor Ort.

Zudem lud sie alle jungen Mitglieder (14-35 Jahre) der DIG AG Köln ein, die automatisch Mitglieder im JuFo Köln sind, sich mit dem frischgewählten Vorstand zu vernetzen und sich mit eigenen Ideen zu Veranstaltungen oder Projekten einzubringen.

Angelika Scherb  
Vorsitzende Junges Forum DIG Köln,  
Stellvertretende Vorsitzende DIG Köln

## Das JuFo und die DIG Leipzig veröffentlichten ihre Broschüre „Der Anschlag von Halle. Antisemitische Gewalt in Deutschland“ Analysen – Perspektiven – Prävention

# Viele Fragen bleiben ungeklärt ...

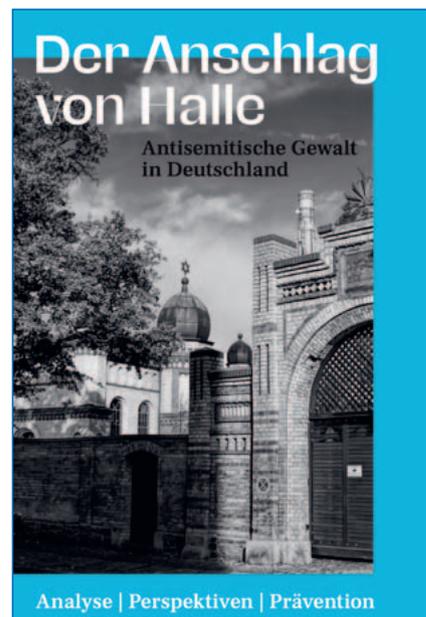
Nach dem Anschlag an Jom Kippur am 9. Oktober 2019 in Halle waren Äusserungen der Trauer und des Entsetzens zu hören und zu lesen. Konkrete Aktionen und eine radikale Bekämpfung von Antisemitismus blieben jedoch aus.

Obwohl Expertinnen und Experten seit Jahren immer wieder vor Antisemitismus aus allen politischen Lagern warnen, obwohl antisemitische Übergriffe, Demonstrationen oder Schmierereien zunehmen, und obwohl Jüdinnen und Juden von alltäglichen Erfahrungen mit Antisemitismus berichten, war der Schutz durch die Sicherheitsbehörden an Jom Kippur 2019 in der Synagoge in Halle nicht ausreichend vorhanden. Warum?

Viele Fragen blieben auch nach dem Anschlag ungeklärt. Warum etwa wurde nach dem Anschlag vielfach die ungesicherte Information verbreitet, der Täter hätte sich allein, ohne das Zutun anderer radikalisiert? In den Beiträgen unserer Broschüre sollen mögliche Antworten auf diese und weitere Fragen formuliert werden. Multiperspektivisch beleuchten die Autoren und Autorinnen in 13 Beiträgen den Anschlag vor dem Hintergrund jahr-

zehntelanger judenfeindlicher Gewalt in Deutschland.

Der erste Teil „Rechter Terror und Halle“ behandelt die rechtsextreme Motivation des Täters. Dabei lassen sich nicht nur Parallelen zwischen dem Anschlag von Halle und anderen rechten Gewalttaten erkennen, sondern auch eine zunehmende Vernetzung rechtsextremer Akteure im Internet beobachten. Esther Schapira und Georg M. Hafner, Linus Pook und Armin Pfahl-Traughber beschäftigen sich mit diesem ersten Themenkomplex in ihren jeweiligen Beiträgen. Der zweite Teil zeigt die »Kontinuitäten des Antisemitismus« in Deutschland auf. In den Texten von Christoph Jahr, Timo Reinfrank und Fabian Schroers, wie von RIAS, der Recherche und Informationsstelle Antisemitismus, wird eines mehr als deutlich: Antisemitismus war immer in der deutschen Gesellschaft vorhanden und ist bis heute als ein gesamtgesellschaftliches Phänomen zu



verstehen. Im dritten Teil-Perspektiven kommen einige zivilgesellschaftliche Initiativen und Akteure der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit zu Wort: Elke Rajal, Christina Dinar und Anna Staroselski teilen ihre Einblicke mit den Leser\*innen. Im Vortragssaal der Bibliothek Albertina in Leipzig wurde die Broschüre vor 100 Gästen vorgestellt. Mit vier Autoren der Broschüre diskutierten wir auf dem Podium. Nach Leipzig gekommen waren Esther Schapira und Georg M. Hafner, Christina Dinar und Christoph Jahr. Ca. 100 interessierte Zuhörer waren anwesend. Die Broschüre kann über die Bundesgeschäftsstelle ([info@digev.de](mailto:info@digev.de)) kostenlos bestellt werden oder bei offenen Treffen des JuFo/DIG Leipzig mitgenommen werden.



Foto: Marie-Kristin Batz

Podiumsdiskussion mit Georg M. Hafner, Christina Dinar, Esther Shapira und Christoph Jahr in der Bibliotheca Albertina zu Leipzig anlässlich der Broschürenveröffentlichung am 13. Oktober

Lisa Johanne Jacobs & Marie-Kristin Batz  
DIG Leipzig

Junges Forum Frankfurt

# „US-Israeli Relations“ im Wandel der Zeit: Ein Workshop mit der Initiative junger Transatlantiker e.V.

**M**itglieder des Jungen Forums und die Initiative junger Transatlantiker e.V. trafen sich erstmals zu einer gemeinsamen Veranstaltung in Frankfurt am Main: In einem mehrstündigen Workshop haben sich die Teilnehmenden intensiv mit den Beziehungen zwischen Israel und USA auseinandergesetzt. Die Referenten Tibor Luckenbach und Gerald Hetzel haben sowohl historische Hintergründe als auch gegenwärtige wichtige Ereignisse beleuchtet und kritisch diskutiert.

Dabei wurde deutlich, dass die US-israelischen Beziehungen über die Zeit hinweg durchaus einem Wandel unterlagen. So zeigte Tibor Luckenbach auf, dass die US-israelischen Beziehungen nicht erst mit der Gründung Israels begannen, sondern bereits auf das Jahr 1891 zurückdatiert werden können, in dem das sog. „Blackstone Memorial“ geschrieben wurde. Nach der raschen Anerkennung des neugegründeten jüdischen Staates 1948 herrschte zunächst eine kritisch-distanzierte Haltung der USA gegenüber Israel vor – ein Wandel hin zu einer engen, strategischen Partnerschaft entwickelte sich erst nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967.

Auch zwei Ereignisse der jüngeren Gegenwart wurden von Gerald Hetzel kritisch beleuchtet: Dazu gehörten die demokratischen Wahlen der Palästinensischen Autonomiebehörde 2006, die auf Druck der USA zustande kamen und letztlich zum Wahlsieg der radikalislamischen Hamas führten, und zum anderen die von US-Außenminister John Kerry beförderten und 2014 geplatzen Friedensverhandlungen mit den Palästinensern.



Die Teilnehmenden des Jungen Forums Frankfurt sowie der Initiative junger Transatlantiker e.V.

Diese Betrachtungen ermöglichten es den Teilnehmenden, Standpunkte auch im Hinblick auf aktuelle Ereignisse in den internationalen Beziehungen Israels zu entwickeln: So wurde deutlich, dass auch deutsch-israelische Beziehungen nicht isoliert, sondern stets im Kontext der Beziehungen zu größeren Akteuren wie der USA oder Russland bewertet werden müssen – gerade auch im Hinblick auf tri- und multilateralen Beziehungen zu Ländern wie dem Iran, die eine Bedrohung für Israel und die Region darstellen.

Zudem lässt sich aufseiten der USA eine Abkehr von der Vorstellung beobachten, die lokale Lösung des Israel-Palästina-Konflikts als die notwendige Bedingung für den Frieden im gesamten „Nahen Osten“ zu betrachten. Der bisherige Erfolg der Abraham Accords – der Aufnahme

diplomatischer Beziehungen mehrerer arabischen Staaten mit Israel – zeugen davon, dass dies eine effektivere Strategie für einen Frieden in der Region ist. Auch hier legt ein Blick auf die USA nahe, dass es auch aus deutscher Perspektive pragmatisch sein könnte, von einem Fokus auf den Palästina-Konflikt als alleiniges Friedenshindernis abzukommen.

Im Workshop und den Diskussionen wurde bekräftigt: Die Teilnehmenden stehen fest hinter den transatlantischen und insbesondere den israelisch-amerikanischen Beziehungen. Doch diese transatlantischen Beziehungen sind nicht selbstverständlich, sondern der aktive Einsatz, um diese zu erfolgreich zu gestalten, ist weiterhin notwendig.

Tatiana Kvetnaya  
JuFo Frankfurt

# KHALOM

## Das neue Magazin des Jungen Forums

Im Nachgang der letzten Bundes-Jufo-Konferenz im Januar 2022 formierte sich eine Arbeitsgruppe innerhalb des Jungen Forums zur Entwicklung des Magazines und zum Aufbau einer Redaktion. Unser Ziel: Die Bildungsarbeit des JuFos professionalisieren und in eine breitere Öffentlichkeit tragen

Das Wort „Khalom“ ist hebräisch und bedeutet „Traum“. Im Bezug auf die deutsch-israelischen Beziehungen geben wir unserem Magazin diesen Namen, der für jeden von uns unterschiedliche Assoziationen mit sich bringt.

Unsere Ziele orientieren sich an unserem Selbstverständnis. Wir sind überparteilich; Wir wollen die Beziehungen zwischen, insbesondere jungen, Deutschen und Israelis befördern; Wir treten für Freiheit, Demokratie und gegen Antisemitismus, Antizionismus und Rassismus ein. Dafür braucht es nachhaltige Bildungsarbeit und die richtigen Ressourcen. Unser Magazin soll als fester, neuer Baustein im Bildungsangebot des Jungen Forums verstanden werden.

Jede Ausgabe widmet sich intensiv einem Thema im Kontext deutsch-israelischer Beziehungen, welches die aktuelle Redaktion für besonders bedeutsam erachtet. Wir wollen Wissen und Informationen aufbereiten und in einer fertigen Publikation zusammenfassen. Eine Israelpedia für zuhause, wenn man so will.

Der Bildungsaspekt funktioniert hier in zwei Richtungen – einmal für die Leser und andererseits für die Redaktion(en). Angestrebt wird eine „rotierende Redaktion“. Das bedeutet, dass sich für die jeweils kommenden Ausgaben JuFos für die Redaktionsarbeit bewerben und vom vorigen Team durch einen verbindlichen Workshop vorbereitet werden.

Das Magazin wird inhaltlich fundiert sowie ansprechend gestaltet und überzeugend konzeptioniert sein, wodurch es als eine Art „Visitenkarte“ des Jungen Forums auch neue Freunde Israels ansprechen soll. Ein großes Pfund unseres Verbandes ist seine Überparteilichkeit. Wir kommen mit den verschiedensten Hintergründen zum JuFo – eines vereint uns jedoch: die unbedingte Solidarität mit Israel und der dringende Wunsch, sich aktiv gegen jede Form des Antisemitismus einzusetzen.

Im Heft sollen sich am Ende alle Spektren und Strömungen wiederfinden können. Wir wollen neben einem Bildungsangebot

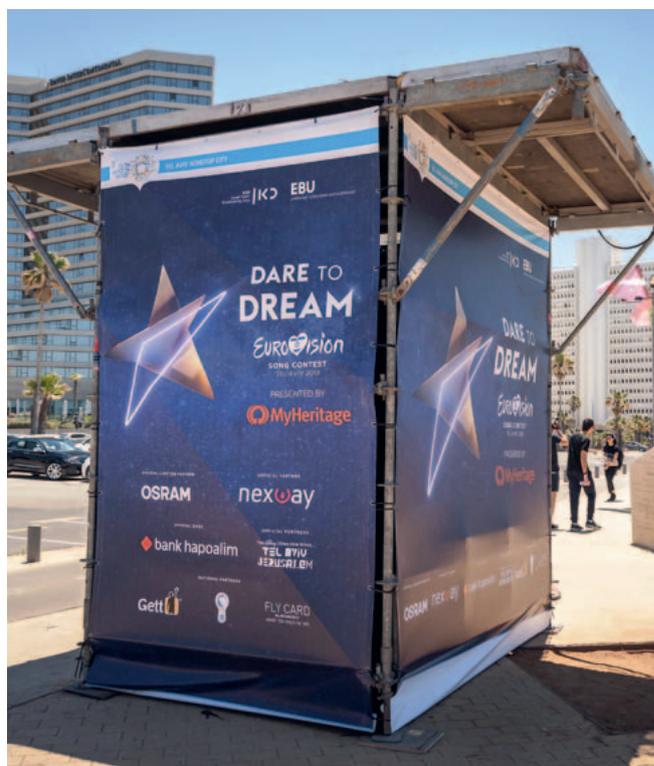


Foto: www.shutterstock.com/Roman Yanushkevsky

**Traum ... so soll das Magazin heißen: hier ist einer der israelischen Träume**

auch einen Raum für Debatte und Austausch bieten. Gemeinsam können wir auf umfassende Medienkompetenz in Bereichen der Konzeption, Social Media Arbeit, Kommunikationsdesign und Erfahrungen in unterschiedlichsten Bereichen des Berufslebens zurückgreifen. Gemeinsam schaffen wir das!

Redaktionsteam KHALOM  
Leon Mahncke, JuFo Hamburg, Jan Schneidereidt,  
JuFo Hamburg, Max Schussmüller, JuFo Augsburg

Ausstellung der Rose-Ausländer-Gesellschaft in Chemnitz

# Selma Meerbaum

## „Du, weißt du, wie ein Rabe schreit?“

Eine Ausstellung zu Selma Meerbaum war im Frühjahr dieses Jahres in der offenen Chemnitzer Stadtkirche St. Jakobi zu sehen. In der Ausstellung, die von Helmut Braun im Namen der Rose-Ausländer-Gesellschaft e.V. unter dem Titel „Du, weißt du, wie ein Rabe schreit“ kuratiert wurde, konnte man sich auf die Spuren von Selma Meerbaum begeben. Auf zahlreichen Tafeln zeichnete er nicht nur ihr Leben und Werk nach, er erwies sich auch als Kenner der Stadt Czernowitz. Man konnte sich nicht nur in historischen Fakten verlieren, sondern auch in die Gedichte von Selma eintauchen und diese auf großen Tafeln auf sich wirken lassen. Am 20. Januar wurde sie im Beisein des Kurators feierlich eröffnet. Zudem widmete sich der Chemnitzer Friedenstag am 5. März mit einem Jugend-Theaterstück diesem Thema.

Selma Meerbaum wurde am 5. Februar 1924 in Czernowitz geboren. Czernowitz war bis zum Ende des Ersten Weltkrieges die Hauptstadt der Bukowina. Danach erlebte die Stadt eine wechselvolle politische Geschichte und wurde mehr als einmal zum Spielball der Machtpolitik. Selma wurde in eine unsichere Zeit hineingeboren, sowohl wirtschaftlich als auch privat. Bereits 18 Monate nach ihrer Geburt starb ihr Vater Max Meerbaum an Tuberkulose. Drei Jahre nach dessen Tod heiratet die Mutter Leo Eisinger. Über ihn ist wenig bekannt, außer dass er genau wie Selma und ihre Mutter im Arbeitslager Michailowka starb. In mancher Literatur wird Selma mit dem Nachnamen Meerbaum-Eisinger geführt, aber es gibt keinen Nachweis, dass sie juristisch adoptiert wurde.

Selma wächst in ärmlichen Verhältnissen, aber nicht unglücklich auf. Sie nahm die Veränderungen in der Stadt, die sich durch verschiedene politische Machthaber ergaben, gelassen hin und war ein fröhliches Mädchen, mit viel Phantasie, Witz und Lebensenergie. „Wenn Selma der Unterricht nicht interessierte, ist sie unter die Bank gerutscht und hat dort gelesen“, berichtete ihre Schulfreundin Renée Abramovici-Michaeli. Selma liebte es zu tanzen und singen.

Sie hinterließ der Nachwelt 57 Gedichte, deren „Odyssee“ bis zur Veröffentlichung genügend Stoff für einen Krimi bietet: Selma hatte ihre Gedichte zu einem kleinen Büchlein gebunden und bei ihrer Deportation Lejser Fichmann anvertraut. Dieser nahm das Büchlein mit ins Arbeitslager und verwahrte es bis zu seiner Flucht unter seinen Sachen. Bevor er sich auf den Weg nach Palästina machte, gab er das Buch weiter an die Schulfreundin von Selma, Else Schächter. Als hätte Fichmann geahnt, dass er das gelobte Land nicht erreichen würde – er starb beim Untergang des Flüchtlingsschiffs „Mefkuré“. Nach Ende des Krieges nahm Renée Abramovici-Michaeli die Gedichte an sich und machte sich mit ihnen auf den Weg nach Palästina. Sie erreichte nach vielen Zwischenstationen das Land, vermisste aber bei ihrer Ankunft ihren vorausgeschickten Koffer. Glück im Unglück – die Gedichte hatte sie immer in ihrem Handgepäck:



Foto: Jüdische Gemeinde Chemnitz

**Frau Dr. Ruth Röcher (links), Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Chemnitz und Kinder und Jugendliche aus der Gemeinde besuchen die Ausstellung zum Leben von Selma Meerbaum anlässlich des 80-jährigen Jahrestages der „Wannseekonferenz“ in der St. Jakobi Kirche.**

„Mit den Gedichten Selmas hab‘ ich die Heimat herumgetragen und hierher gebracht.“

Nun waren die Gedichte zwar in Sicherheit, aber dennoch gerieten sie fast in Vergessenheit. Da Selma die Gedichte in ihrer Muttersprache Deutsch geschrieben hatte, war es unmöglich, sie in Israel zu veröffentlichen. Es war ein langer Weg, bis die Gedichte letztlich in Buchform vorlagen und dadurch einem größeren Publikum zugänglich wurden. Inzwischen wurden mehrere Biografien über Selma Meerbaum publiziert, ihr Leben und Sterben wird für uns dadurch greifbarer.

Selma begann mit 15 Jahren Gedichte zu schreiben. Es sind ästhetisch reine Werke, die ahnen lassen, welches Talent ihr in die Wiege gelegt worden war. Die Schriftstellerin Hilde Domin stellt die Werke von Selma auf die gleiche Stufe wie die Werke vom jungen

Hofmannsthal. Selma schrieb über die Natur oder auch ihre unerfüllte Liebe zu Lejser Fichmann, mit dem sie gern eine Zukunft in Czernowitz gehabt hätte. Aber Fichmann zog es nach Palästina, er konnte sich nicht auf eine Beziehung in Czernowitz einlassen. Inzwischen sind ihre Gedichte in die Weltliteratur aufgenommen, Selma Meerbaum wird in einem Atemzug mit ihrem Cousin 2. Grades Paul Celan und Rose Ausländer genannt, mit denen sie das Dreigestirn der Bukowina bildet. Auch wird sie häufig mit Anne Frank verglichen. Beide eint die Liebe zum Schreiben – Anne Frank dokumentiert die Ereignisse ihrer Zeit in ihrem Tagebuch, Selma dichtet. Beide sterben weit vor ihrer Zeit, wahrscheinlich beide an Typhus, einer Krankheit, die aufgrund der katastrophalen Umstände in den Lagern weit verbreitet war. Sie gehören zu der unfassbar großen Anzahl von Opfern des Holocausts, die nicht in das Weltbild der Nationalsozialisten passten und ihr Leben lassen mussten. Und doch sind sie „Sieger“, denn sie gehören zu denen, deren Werke für die Nachwelt erhalten werden konnten. Es ist müßig zu spekulieren, wieviel unentdecktes Gedankengut durch die Shoah unwiederbringlich verloren gegangen ist.

Sabine Winkler  
Evangelisches Forum Chemnitz

Quellen:

Braun, Helmut (2021): Du, weißt du, wie ein Rabe schreit? Gedichte. Rimbaud.

Meerbaum-Eisinger, Selma (1997): Ich bin in Sehnsucht eingehüllt. Gedichte. Herausgegeben von Jürgen Serke. Fischer Taschenbuch Verlag.

Meerbaum-Eisinger, Selma (2013): Blütenlese. Gedichte. Reclam Verlag.

Tauschwitz, Marion (2014): Selma Meerbaum. Biografie und Gedichte. zu Klampen Verlag.

### Frühling

*Sonne. Und noch ein bißchen aufgetauter Schnee  
und Wasser, das von allen Dächern tropft,  
und dann ein bloßer Absatz, welcher klopft,  
und Straßen, die in nasser Glattheit glänzen,  
und Gräser, welche hinter hohen Fenzen  
dastehen, wie ein halbverscheuchtes Reh ...*

*Himmel. Und milder, warmer Regen, welcher fällt,  
und dann ein Hund, der sinn- und grundlos bellt,  
ein Mantel, welcher offen weht,  
ein dünnes Kleid, das wie ein Lachen steht,  
in einer Kinderhand ein bißchen nasser Schnee  
und in den Augen Warten auf den ersten Klee ...*

*Frühling. Die Bäume sind erst jetzt ganz kahl  
und jeder Strauch ist wie ein weicher Schal  
als erste Nachricht von dem neuen Glück.  
Und morgen kehren Schwalben auch zurück.*

(73. 1941)

## DIG Köln

# Zionismus – viermal

Im Rahmen des Festjahres 1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland präsentierte die Deutsch-Israelische Gesellschaft AG Köln eine vierteilige Reihe zum Thema „Zionismus in Köln“. Im Mittelpunkt standen Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte des Staates Israel in Deutschland. Die Reihe hob inhaltlich und chronologisch mit dem Urvater des Zionismus und einem der Gründungsväter der deutschen Sozialdemokratie, Moses Hess, an. Sie zeichnete in einer Führung und in einem Vortrag die Entwicklungslinien, die zum Engagement der Zionisten Max Bodenheimer und David Wolffsohn gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts führten, nach. Schließlich wurde der Nachkriegsrabbiner Zvi Asaria als Rabbiner in die Interaktion zwischen Synagogen-Gemeinde Köln, Israelmission und christlich-jüdischen-deutsch-israelischen Intellektuellennetzwerken zwischen 1953 und 1961 präsentiert.

Der Hamburger Historiker und Politologe Dr. Volker Weiß präsentierte im Gemeindesaal der Synagogen-Gemeinde Köln seine Studien zu Biographie und Werk Moses Hess'. Hess, der in eine religiöse Bonner jüdische Familie geboren wurde, dann aber in Köln aufwuchs, entfremdete sich im teils autodidaktischen Studium über seine intensive Spinoza- und Hegellektüre von der jüdischen Religion. Im Vormärz schloss er sich der radikaldemokratischen Bewegung an und wurde Sozialist. Er freundete sich mit Karl Marx und Friedrich Engels, mit denen er sich aber auch heftig stritt, an und betätigte sich seitdem als Journalist. Aufgrund seiner revolutionären Tätigkeiten musste er ins Exil nach Paris gehen, kehrte aber 1861 nach Köln zurück, wo er zu den Gründern der Kölner Sozialdemokratie

gehörte. In dieser Zeit entdeckte er für sich sein Judentum wieder und verfasste seine heute bekannteste Schrift: das Buch „Rom und Jerusalem“, das er 1862 veröffentlichte. In diesem Buch entwickelte Hess die Idee eines jüdischen Staates, der zu einer wirklichen Emanzipation und Autonomie der Jüdinnen und Juden beitragen sollte. 1875 verstorben, wurde Hess auf dem Deutzer Friedhof beerdigt. 1961 wurde er nach Israel umgebettet. Sein Grab liegt heute in einem Kibbutz am See Genezareth.

Die Historikerin Dr. Andrea Livnat, Herausgeberin des Israel-Internetportals [www.hagalil.com](http://www.hagalil.com) und Irena Okoh, Stadtführerin bei Rhenania Judaica, präsentierten in einem Vortrag und in einer Stadtführung Stationen der Entwicklung Kölner Zionisten,



Foto: Marc Schraven

**Auf dem Podium der Referent Dr. Volker Weiß und der Vorsitzende der DIG AG Köln, Dr. Johannes Platz**

wobei beiden auch Blicke auf weniger bekannte Zionistinnen warfen. Beide zeigten Moses Hess als einen der ersten Zionisten überhaupt auf. Livnat, die live aus Tel Aviv via YouTube-Stream zugeschaltet war, berichtete über die Viten und Handlungen der heute eher in Vergessenheit geratenen zionistischen Akteure. Größere Aufmerksamkeit beanspruchte das Wirken von Max Bodenheimer und David Wolffsohn. Beide kamen recht schnell in Kontakt mit Theodor Herzl und waren einflussreiche Akteure in der zionistischen Bewegung. Sie waren bei der Audienz, die der Kaiser Theodor Herzl während seiner Orientreise in Palästina gewährte, zugegen. Von David Wolffsohn stammt das Foto von Herzls dortiger Unterredung mit dem Kaiser. Da das historische Originalfoto Wolffsohn misslang, war er gezwungen, aus den beiden vorliegenden Fotos eine der ersten veröffentlichten Fotomontagen der Geschichte zu gestalten. Irena Okoh führte zu einigen der Originalschauplätze und Erinnerungsorte, die in Köln mit Moses Hess, Max Bodenheimer, David Wolffsohn verbunden sind und beendete ihre Führung am Konrad-Adenauer-Denkmal. Auch die Skulpturen der zionistischen Akteure am Rathaus fanden Beachtung sowie Bildzeugnisse, wie der Kölner Entwurf der Flagge der zionistischen Bewegung von David Wolffsohn, der die Staatsflagge Israels gestalterisch vorwegnahm.

Dr. Sebastian Musch, Alfred Landecker Lecturer am Historischen Seminar der Universität Osnabrück, gab in der Stadtbibliothek Köln einen profunden Einblick in seine Forschungstätigkeit zu Zvi Asaria. Der jugoslawisch-israelische Rabbiner geriet als jugoslawischer Soldat im zweiten Weltkrieg in deutsche Kriegsgefangenschaft, die ihn durch eine Reihe von Kriegsgefangenenlagern führte. Als jüdischer Soldat erlebte er vielfältige Diskriminierungen in den Lagern, überlebte durch seinen Kriegsgefangenenstatus aber relativ geschützt die Shoah. Nach dem Krieg ging er – auch auf der Suche nach Überleben-

den der eigenen Familie – ins DP-Camp Bergen Belsen, wo er verantwortliche Positionen in der Selbstorganisation des Lagers übernahm. Nach seiner Alija nach Israel diente in der IDF und kämpfte im Unabhängigkeitskrieg. Mit der Israelmission, einer Handelsmission, die die Abwicklung der Shilumim-Abkommen besorgen sollte und in der er als Kulturattaché beschäftigt war, kam der Israeli 1953 nach Köln und wurde Rabbiner der Synagogen-Gemeinde in Köln. Sein Herz schlug für widersprüchliche Belange: Als überzeugter Zionist warb er stets für die Alija, in seiner rabbinischen Berufung sah er aber die seelsorgerische Tätigkeit für die Gemeinde im Vordergrund. Höhepunkt seiner Amtszeit war sicher die Einweihung der wiedererrichteten Synagoge in der Roonstraße. Asaria war auch als Historiker tätig und verfasste eine vielbeachtete Geschichte der Juden in Köln. Nach seiner Tätigkeit in der Synagogen-Gemeinde Köln war er noch als Landesrabbiner in Niedersachsen tätig, wo er weiter publizistisch wirksam war. Er verlebte seinen Lebensabend in Israel.

Kooperationspartner bei der vierteiligen Reihe waren die Synagogen-Gemeinde Köln, die Germania Judaica und die Stadtbibliothek Köln. Gefördert wurden die Vorträge und die Führung durch 1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland und das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

Die Veranstaltungsreihe konnte Schlaglichter auf Aspekte der jüdischen und zionistischen Geschichte Kölns im 19. und 20. Jahrhundert werfen und durch biographische Studien vertiefen. Offen geblieben ist dieses Jahr ein Vortrag mit der Doktorandin Irit Chen von der Hebrew University of Jerusalem über die Israelmission in Köln, der sich nicht realisieren ließ, im kommenden Jahr aber angeboten werden soll.

**Dr. Johannes Platz**  
DIG Köln

# Schüren palästinensische Schulbücher den Terror der Zukunft?

Die DIG AG Bonn hat in einer Online-Veranstaltung über die Verantwortung Deutschlands und der Europäischen Union für palästinensische Schulbücher debattiert.

Der Nahostkonflikt zwischen Israel und den von der Autonomiebehörde geführten palästinensischen Arabern schwelt seit Jahrzehnten ohne sichtbaren Fortschritt. Während manche andere arabische Staaten ihre Haltung gegenüber Israel revidieren und die sogenannten Abraham-Abkommen schließen, herrscht im Westjordanland Stillstand. Und palästinensische Kinder, vom Klima der Feindseligkeit beeinflusst, werfen mancherorts Steine nach Menschen, die sie für Juden halten.

So erschreckend solche kindlichen Aggressionen sind, ist zu bedenken, dass die Zukunft im Nahen Osten bei den Kindern liegt. Nur wenn die nachwachsende Generation auf beiden Seiten die Fähigkeit entwickelt, als Erwachsene friedvoll den Ausgleich zu suchen, wird es möglich sein, den Dauerkonflikt zu beenden.

## *Doch wie wachsen die Kinder in Palästina auf?*

Schulbücher sollten laut UNESCO-Kriterien zu Friedensbereitschaft und Kooperation beitragen. Dabei gelten Schulbücher als der wichtigste Indikator, welche Werte an die nachfolgende Generation weitergegeben werden. Untersuchungen der von der Autonomiebehörde verwendeten

Schulbücher haben aber offengelegt, dass sie durchweg auf Israel und Juden negativen Bezug nehmen. Es wird dämonisiert und polarisiert. Märtyrerschaft und Djihaad werden verherrlicht. Terroristenpersönlichkeiten wird gehuldigt. Problematisch sind auch die Schulbücher zu bewerten, die die UNRWA zu verantworten hat. Die UNRWA setzt sich zwar oftmals in der Öffentlichkeit verbal von Verunglimpfungen ab, trägt aber dennoch zu polarisierenden Lehrwerken bei. Die Einstellung zu Juden ist dabei nicht nur von Nationalismus beeinflusst, sondern durchweg auch von Antisemitismus.

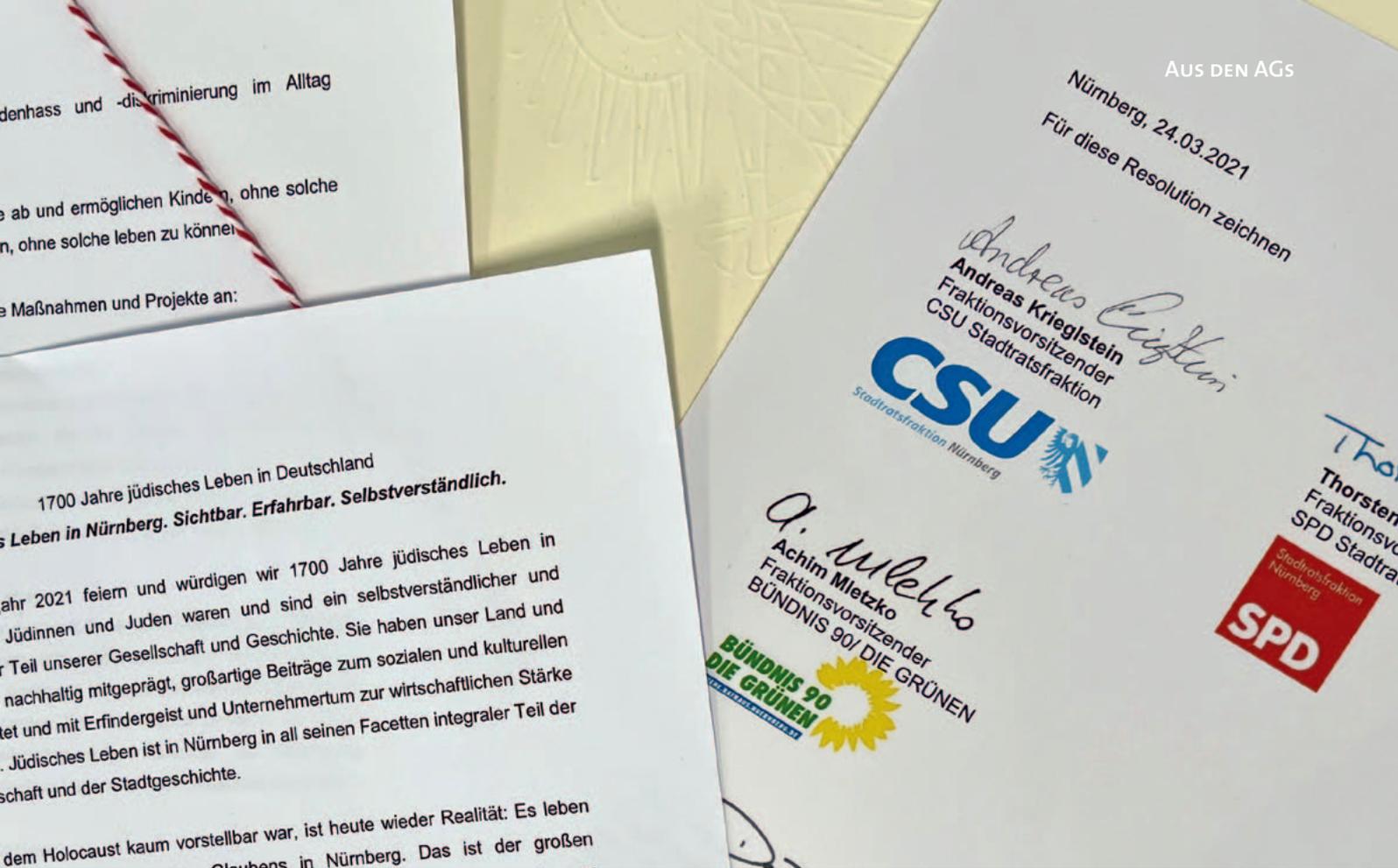
Das palästinensische Bildungssystem wird überwiegend aus der EU und aus der Bundesrepublik Deutschland finanziert. Die Bundesregierung und die EU aber wissen mindestens seit 4 Jahren durch Veröffentlichungen von Impact und vom MFFB e.V. über die Missstände bei der Erziehung der jungen Palästinenser Bescheid. Die EU hat deshalb 2019 das Georg-Eckert-Institut zur Untersuchung der in Palästina verwendeten Unterrichtsmaterialien beauftragt. Der Abschlussbericht ist zwar noch nicht veröffentlicht, wurde aber in Fachkreisen bekannt. Dieser bestätigt die verheerenden Erkenntnisse von Impact und MFFB,

wonach die Erziehung ein Friedenshinderer erster Güte ist. Da die Bundesregierung und die EU in direkter Verantwortung stehen, müssen sie auf Veränderungen hinwirken. Was die Bundesregierung konkret unternommen hat, darüber schwieg sie anlässlich einer Kleinen Anfrage der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Jörg Rensmann vom MFFB e.V. regte anlässlich einer Online-Veranstaltung der DIG Bonn 2021 an, die DIG möge auf allen politischen Ebenen darauf hinwirken, dass die Bundesregierung und die EU den Bericht des Georg-Eckert-Instituts der breiten Öffentlichkeit zugänglich machen, um eine politische Diskussion zu ermöglichen. Dabei sollen beide Institutionen Rechenschaft über die Wahrnehmung ihrer diesbezüglichen Verantwortung für das palästinensische Bildungssystem gegenüber den Parlamentariern und der interessierten Öffentlichkeit geben.

Es ist darauf hinzuwirken, dass sich die palästinensischen Curricula im Sinne der UNESCO-Kriterien ändern. Denn so, wie sie derzeit sind, bereiten Schulen den Terrorismus der Zukunft vor.

Brigitte Vornehm-Berger  
Vorstandsmitglied DIG Bonn



## DIG AG Nürnberg-Mittelfranken

# Eine jüdische Begegnungsstätte in Nürnberg

Die Sache mit dem antijüdischen Ressentiment, gemeinhin Antisemitismus genannt, ist eine Last, die wir nicht loszuwerden scheinen. Es ist und bleibt wichtig, etwas dagegen zu tun. Vielleicht werden wir ihn eines Tages überwinden können, jedenfalls aber müssen Juden und vor allem alle anderen etwas dagegen tun. Bisher haben die vielen Versuche das Erstarken des Antisemitismus nicht verhindern können. Vielleicht liegt das auch daran, dass zu viele zu lange daran geglaubt haben, dass das Wissen um die Shoa auch einen Beitrag gegen Antisemitismus leisten wird. Das aber scheint nicht der Fall zu sein.

Das Wissen um die Geschichte, um die jahrhundertelangen Judenverfolgungen und um den millionenfachen Mord durch die Nationalsozialisten und ihre Komplizen ist unabdingbares Muss für jeden, der hier lebt und ist durch die Eltern, Schulen,

Universitäten und so weiter zu vermitteln. Aber das ist nicht genug.

So wichtig dieses Wissen ist: Es verengt den Blick auf Juden, es lässt zu viele Menschen das Judentum ausschließlich vor dem Hintergrund der Shoa wahrnehmen. Aus jüdischer Sicht allerdings ist dies zu wenig. Wir lassen uns nicht darauf reduzieren, die Nachkommen derer zu sein, die der Shoa entronnen sind. Juden und jüdisches Leben sind so viel mehr als das! Wer uns ausschließlich mit der Shoa assoziiert, nimmt die Gegenwart jüdischen Lebens nicht wahr.

In Nürnberg fasste der Stadtrat im Frühjahr 2021 den Beschluss, die Errichtung einer jüdischen Begegnungsstätte voranzubringen, das Konzept zu erstellen und einer Machbarkeitsstudie durchzuführen. Die Begegnungsstätte soll in der Innenstadt geschaffen werden, sie soll eben

nicht von der IKG, sondern von der Stadt Nürnberg und wohl auch Land und Bund getragen werden. Damit wird von Anfang an deutlich, dass die Wehr gegen Antisemitismus eine Aufgabe aller und nicht etwa nur der Juden ist. Auch die hiesige DIG ist an der Erstellung des Konzepts beteiligt. Die Begegnungsstätte soll niedrigschwellig sein, um nicht nur diejenigen anzusprechen, die man an sich nicht mehr ansprechen müsste, sondern um besonders jene anzusprechen, die vom heutigen Judentum quasi gar nichts wissen, die nie bewusst einen Juden trafen, die jüdische Kultur, Musik, Humor, Küche, Film und was da alles noch mehr ist, nicht kennen. Es ist die Begegnung, die Ressentiments abzubauen hilft, und das ist, was wir erreichen wollen. Das jüdische Volk lebt – heute!

André Freud  
Vorsitzender der DIG  
AG Nürnberg-Mittelfranken

DIG Berlin und Brandenburg e.V. trifft UNRWA EU-Direktor Matthias Burchard

# Einig darin, nicht einig zu sein

UNRWA vs. DIG Berlin und Brandenburg e.V.

Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East) ist ein ursprünglich temporäres Hilfsprogramm der Vereinten Nationen, das jedoch seit seiner Gründung 1949 regelmäßig um jeweils drei Jahre verlängert wurde. Deutschland ist heute mit etwa EUR 180 Millionen der größte Geldgeber.

Schon vielfach hat die DIG Berlin und Brandenburg auf Missstände in Bezug auf UNRWA hingewiesen. Am 17.02.2022 fand auf Initiative von Matthias Burchard (Direktor des Europabüros der UNRWA bei der Europäischen Union) während seines Deutschlandbesuchs ein Gespräch mit dem Vorstand der DIG BB (DIG Berlin und Brandenburg e.V.) und zwei Experten aus dem Mitgliederkreis, Jörg Rensmann und Michael Spaney, statt. Burchard reagierte damit auf eine Veranstaltung der DIG BB im vergangenen Dezember, in der der Publizist Alex Feuerherd sowie David Bedein, Dr. Arnon Groiss und Jonathan D. Halevi vom Center for Near East Policy Research über zahlreiche Probleme mit und in der UNRWA informierten und sie u.a. als Friedenshindernis skizzierten.

Eines der Probleme ist, dass im Unterschied zur UNRWA das UNHCR, das Flüchtlingswerk der UN für weltweit alle anderen Flüchtlinge außer den Palästinensern, eine Überwindung des Flüchtlingsstatus in seiner Flüchtlingsdefinition vorsieht, und dies generell auch erreicht. Nur für die sogenannten Palästinaflüchtlinge besteht nicht nur eine ständige Verlängerung des Flüchtlingsstatus, sondern dieser Status wird sogar auf Kinder und Kindeskindern erweitert. Auf diese Weise existieren nicht mehr nur einige Tausend damals Geflüchtete, sondern rund sechs Millionen Menschen,



Vorstandsmitglieder der DIG Berlin und Brandenburg e.V. und Experten mit Matthias Burchard, Direktor des Europabüros der UNRWA bei der Europäischen Union (Mitte)

die ein Rückkehrrecht in die Häuser ihrer Vorfahren, sprich nach Israel, fordern.

Burchard versuchte nun zu erklären, dass sich die Vererbung des Flüchtlingsstatus an einer Bedürftigkeitsprüfung orientiert. Diese Bedürftigkeit entsteht, weil in Fluchtzielländern wie etwa dem Libanon beispielsweise ein partielles Arbeitsverbot für Palästinaflüchtlinge besteht oder ihnen einmal gewährte Bürgerrechte immer wieder entzogen werden können. Die Klärung der Bedürftigkeit führe nicht die UNRWA durch, sie fühle sich nur als Hilfsorganisation für die Unterstützung der als Flüchtlinge anerkannten Menschen zuständig. In allen politischen Fragen zog sich Burchard also hinter das unpolitische Mandat der UNRWA zurück.

Damit konnte er dem Vorstand der DIG BB in dem insgesamt ehrlichen und offenen Austausch nicht erklären, warum überhaupt 75 Jahre nach ihrer Flucht ausschließlich Palästinenser in Lagern gehalten

werden und unter ihnen die Illusion eines „Rückkehrrechts“ genährt wird. Es bleibt die Tatsache, dass diese Menschen als Spielball von politischen Kräften als Druckmittel gegen Israel missbraucht werden.

In diesem Zusammenhang konfrontierte Jörg Rensmann Matthias Burchard zu den von ihm in der Vergangenheit auch im Bundestag immer wieder besonders kritisierten Schulbüchern an UNRWA Schulen. Dabei wurde deutlich, dass es bei UNRWA keinen Begriff davon gibt, was Antisemitismus überhaupt ist. Den Lehrern werden lediglich begleitende Unterrichtsmaterialien zum Thema Rassismus bereitgestellt. Eine Weiterbildung zur Spezifik des Antisemitismus und dabei insbesondere zum israelbezogenen Antisemitismus findet nicht statt. Außerdem wird weiterhin an offiziellen Lehrplänen der Gastländer festgehalten, als solches gilt übrigens auch die Palästinensische Autonomiebehörde, obwohl längst wissenschaftlich nachgewiesen wurde, dass diese durchgängig

antisemitische Inhalte aufweisen und die Kinder zum Hass aufstacheln.

Die DIG Berlin und Brandenburg weicht auch nach dem Gespräch mit Burchard nicht von ihren Forderungen zurück, die sie in einer Pressemitteilung veröffentlichte und an alle neuen Bundestagsabgeordneten richtete:

„Wir bitten die Bundesregierung und alle Parteien des Deutschen Bundestages, dieses Thema im Interesse einer friedlichen Lösung des Konflikts sehr bald auf die Tagesordnung zu setzen. Im Einzelnen fordern wir:

- Die neue Bundesregierung möge den bisherigen unkritischen Kurs gegenüber der UNRWA ändern und künftig

die finanziellen Mittel, die an die UNRWA fließen, genauer kontrollieren: Kein Cent Deutscher Steuergelder darf für Antisemitismus fließen!

- Die Einführung von UNHCR Standards bei UNRWA
- Die Aufhebung des PA Curriculums an UNRWA Schulen
- Die Entlassung aller UNRWA Mitarbeiter, die mit EU-gelisteten Terrororganisationen (wie Hamas) zusammenarbeiten.
- Die Selbstverpflichtung der UNRWA, alle vorgenannten Maßnahmen dauerhaft umzusetzen und hierbei nicht gegen Gedanken der Völkerverständigung zu verstoßen, insbesondere nicht zu Hass und Gewalt gegen den Staat Israel, seine Streitkräfte oder seine Bürger aufzustacheln

Auch nach Freigabe der finanziellen Mittel die dauerhafte und transparente Überwachung einer Einhaltung dieser Selbstverpflichtung

- Den Palästina-Flüchtlingen muss endlich in ihren Aufnahmeländern eine Perspektive geboten werden!

Fazit der Begegnung mit dem Vertreter der UNRWA bei der Europäischen Union: We agree to disagree, aber es war gut, Standpunkte auszutauschen.

Jörg Rensmann, Maya Zehden  
DIG Berlin und Brandenburg e.V.

## Zoomkonferenz Gedankenaustausch mit dem AA

# Staatsminister Dr. Tobias Lindner im Gespräch mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Berlin und Brandenburg e.V.

Zu Jahresbeginn lud die DIG BB ihre Mitglieder und weitere Interessierte zu einem Zoom-Gespräch mit Dr. Tobias Lindner MdB, Staatsminister im Auswärtigen Amt zuständig für den Nahen Osten und Verteidigungspolitiker von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, mit dem Titel: Die Einzigartigkeit der deutsch-israelischen Beziehungen

Lindner stellte das außenpolitische Programm der neuen Regierung vor und betonte die besonderen Beziehungen zu Israel und das Ziel, zu einer Zwei-Staaten-Lösung zu kommen.

Wichtig war ihm der Hinweis auf den Koalitionsvertrag in dem betont wird, dass Israels Sicherheit Staatsräson sei. Er wolle die Abraham Accords vorantreiben und verurteile sowohl Terror gegen Israel von der Hamas als auch Drohungen des Iran gegen das Land.

Rund 50 Teilnehmer stellten interessierte bis kritische Fragen. Dabei blieb Lindner vage in Bezug auf dringend gebotene Re-

formen bei der Organisation der Palästina-Flüchtlinge, UNRWA, und auch ausweichend bei der Kritik an deren Schulbüchern.

Dass der Staatsminister sich unmittelbar nach Bildung der neuen Bundesregierung mit uns traf, werten wir als Zeichen des aufrichtigen Interesses am Fortbestand und am Ausbau der freundschaftlichen deutsch-israelischen Beziehungen. Lindner betonte, dass Israel in der deutschen Politik fair betrachtet und behandelt wird.

Das wird sich an der künftigen Arbeit des AA, insbesondere am Abstimmungsverhalten bei den UN, ablesen lassen.

Maya Zehden



Screenshot von Dr. Tobias Lindner, DIG Berlin und Brandenburg e.V.

DIG AG Potsdam e. V.

# Landtagspräsidentin lädt AG Potsdam ein

Nachdem auf der Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft Potsdam der DIG ein neuer Vorstand gewählt worden war, die AG in einer intensiven Klausurtagung die Schwerpunkte für das Jahr 2022 festgelegt hat und die Mitglieder nun mit einem monatlichen Stammtisch engen Kontakt untereinander pflegen, gab es im Potsdamer Landtag eine Veranstaltung der besonderen Art und damit eines der ersten Höhepunkte für dieses Jahr.

Die Präsidentin des Landtags von Brandenburg, Prof. Dr. Ulrike Liedtke MdL, hat gemeinsam mit dem Freundeskreis Israel des Landtags und den beiden Vorsitzenden Andreas Büttner MdL und Ingo Senftleben MdL und in Kooperation mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. Arbeitsgemeinschaft Potsdam und deren Vorsitzenden Patrick Meinhardt MdB a. D. zu einem Meinungsaustausch mit anschließendem Empfang eingeladen. Anlass hierfür waren der Besuch

der Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Herrn Staatssekretär Uwe Becker sowie der Generalsekretärin der DIG Michaela Engelmeier.

Unter dem Titel Israel und Deutschland – aktuelle Herausforderungen in den Beziehungen! setzten Uwe Becker, Andreas Büttner, Michaela Engelmeier, Helge David Gilberg und Patrick Meinhardt ihre Akzente, Schwerpunkte und Impulse, um dann im Anschluß bei einem genußvollen Buffet und einem guten Tropfen zusammen mit den Abgeordneten des Freundeskreises Israel, den Mitgliedern, Gästen und Interessenten auf der Terrasse des Landtags in anregende Gespräche zu kommen.

Sehr zur Freude der AG Potsdam konnte Patrick Meinhardt an diesem Abend den Sprecher des Freundeskreises Israel des Landtags Brandenburg, Andreas Büttner MdL, unter herzlichem Applaus in die DIG-Familie in Potsdam aufnehmen.

Patrick Meinhardt  
Vorsitzender der DIG AG Potsdam



AG-Vorsitzender Patrick Meinhardt nimmt den Sprecher des Freundeskreises Israel des Landtags Brandenburg, Andreas Büttner MdL, in die DIG-Familie Potsdam auf.



Der Vorstand der AG Potsdam zusammen mit den Abgeordneten des Freundeskreises Israel des Landtags Brandenburg und dem DIG Präsidenten Uwe Becker und der Generalsekretärin Michaela Engelmeier

Münster protzt:

# Israeltag in der Westfalenmetropole

Das Elend in den vergangenen Jahren war groß, denn wegen Corona mussten zwei Israeltage ausfallen. Der Israeltag 2022 sollte in Münster etwas Besonderes sein. Die Veranstaltung fand im Mai im Erbdrostenhof statt, einem kleinen Palast aus der Zeit des Barock, als ein Fürstbischof in Münster noch das Sagen hatte. In diesem schmucken Gebäude ergriffen Freundinnen und Freunde Israels das Wort. Unter den strengen Blicken von Kurfürst Clemens August von Köln konnte die Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Münster, Regine Foerster, zahlreiche Besucherinnen und Besucher begrüßen, die auch gekommen waren, um den neunzigsten Geburtstag von Karl-Heinz Volkert zu feiern. Der war zwar schon 2013 gestorben, aber sein jahrzehntelanges politisches Wirken und sein Dienst für Israel sind in Münster unvergessen. Darüber zeigte sich seine Tochter Gabriele Nitsch erfreut, denn auch sie führt einen Teil der Arbeit ihres Vaters in der Israelstif-

tung für Deutschland fort. Bürgermeister Klaus Rosenau überbrachte die Grüße des Oberbürgermeisters. Sharon Fehr, scheidender Vorsteher der Jüdischen Gemeinde Münster, erinnerte an die Verdienste von Karl-Heinz Volkert, insbesondere um seine Unterstützung bei der Eingliederung von Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion in die deutsche Gesellschaft. Aus Berlin war Dr. Michael Borchard nach Münster geeilt und sprach über eine besondere persönliche Note des beginnenden deutsch-israelischen Verhältnisses, die „unmögliche Freundschaft zwischen David Ben-Gurion und Konrad Adenauer“. Die musikalische Umrahmung der Feier übernahm das Trio Lorenzen aus Jafo/Rishon LeZion, bestehend aus Batia Lorenzen am Flügel sowie Eckart und Daniel Lorenzen mit ihren Violinen. Neben israelischer Musik spielte das Trio Musik von Johann Sebastian Bach, also durchaus passend zum Erbdrostenhof.

Norbert Korfmacher



Regine Foerster, Valeria Stockey und Wilko Martens warten auf das strömende Volk



Dr. Michael Borchard bei seinem Vortrag unter dem strengen Blick eines Kurfürsten



Sharon Fehr, Gabriele Nitsch und Dr. Michael Borchard

Alle Fotos: Norbert Korfmacher



Margot Friedländer in ihrem Zuhause.  
Auf dem Tisch liegen Margots Stern und das handgeschriebene Notizbuch ihrer Mutter.

## Margot Friedländer oder: Wie man ein Leben macht

# Ein Besuch

„Versuche, Dein Leben zu machen“ – sagt das meiner Tochter“, rief die Mutter den Nachbarn zu, bevor sie und Margots jüngerer Bruder nach Auschwitz deportiert und ermordet wurden. Diese Worte und eine Handtasche mit einer Bernsteinkette und einem handschriftlichen Notizbuch sind das Vermächtnis der Mutter an die Tochter Margot.

Margot Friedländer hat ihr Leben gemacht. Sie hat Theresienstadt überlebt und in New York gelebt und kehrte, hochbetagt, in ihre Geburtsstadt Berlin zurück. Im November dieses Jahres wird sie 101 Jahre alt. Sie, die Ehrenbürgerin von Berlin, die Trägerin des Bundesverdienstkreuzes, die Ehrendoktorin der Freien Universität, die Zeitzeugin, wird verehrt, bewundert, ja, geliebt. Sie ist, wie Trude Simonsohn, von der wir an anderer Stelle in diesem Heft Abschied nehmen müssen, Mahnerin und Trösterin, sie verlangt rigoros das „nie Wieder“ und beschreibt Leid, von dem wir noch immer hoffen, es niemals mehr erleben zu müssen. Sie „macht ihr Leben“ und es scheint, als sei ihr, wie so manchen, die mit den Jungen sprechen, besonders viel Lebenszeit gegeben, damit sie es immer und immer wieder sagen kann: Nazis und Antisemiten sind Verbrecher und Mörder.



Margots Stern und das handgeschriebene Notizbuch ihrer Mutter

**Michaela Engelmeier,  
Generalsekretär in der DIG,  
Anna Staroselski, neue Vizepräsidentin  
und Margot Friedländer**

Margot Friedländer spricht vor Kindern und Politikern, vor Parlamenten und bei Feierstunden. Und manchmal trägt sie dabei eine alte Bernsteinkette.

Meine Kolleginnen Michaela Engelmeier und Anna Staroselski haben Margot Friedländer in ihrem Berliner Zuhause besucht. Sie waren berührt.

Claudia Korenke

# Erinnerungskultur im Fußball

## Über die „mysteriöse Vergangenheit“ eines Bremer Juden

Eine Gewerbelegitimationskarte ermöglichte Alfred Louis Ries das Überleben. Sie galt als amtlicher Lichtbildausweis, aber anders als in den von den Nationalsozialisten eingeführten „Kennkarten“, die alle Menschen seit 1938 stets mit sich führen mussten, wurde in dieser das große „J“, welches jüdische Inhaberinnen und Inhaber als solche kenntlich machen sollte, nicht eingedruckt. Der Bremer Jude Alfred Ries nutzte diesen Ausweis, um in Jugoslawien unterzutauchen.

Erhalten hatte der damalige Kaffee HAG-Mitarbeiter und Präsident des Sportvereins Werder Bremen das Dokument von Walter Frischmuth, einem Bremer Mitarbeiter der sogenannten „Abwehr“, des deutschen Militärgeheimdienstes unter Admiral Canaris. Ermöglicht hatte dies wohl sein ehemaliger Kollege und Freund Dr. Alfred Lörner, Geschäftsführer der „Weser-Aussenhandelsstelle“, der sich bei Frischmuth dafür einsetzte. Nachdem Ries 1941 die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen worden war, stellte diese Gewerbelegitimationskarte ein unschätzbar wichtiges Mittel zum Überleben als Jude im nun von Ustascha-Faschisten sowie italienischen und deutschen Truppen besetzten Jugoslawien dar.

### Opfer oder Kollaborateur?

Kaum einen anderen Dienst der Nazi-Zeit umgibt eine so geheimnisvolle Aura wie die Abwehrabteilung der Wehrmacht unter Wilhelm Canaris, was offenbar Historiker und Journalisten magisch anzieht und mitunter auch ins Spekulieren geraten lässt. Tatsächlich scheint es bei der „Abwehr“ aber übliche Praxis gewesen zu sein, insbesondere jüdische Vertriebsmitarbeiter deutscher Unternehmen als Vertrauenspersonen, auch V-Leute genannt, mit Dokumenten ausstatten, mit denen sie sich weitgehend unbehelligt von Ge-



Gewerbelegitimationskarte von Alfred Ries (Bremer Staatsarchiv)

stapo, SS, SD und anderen Häschern des Nazi-Regimes im besetzten europäischen Ausland aufhalten konnten. Der Umstand, dass Ries ebenfalls ein solches Dokument besaß, brachte den Sporthistoriker Arthur Heinrich 2017 im Magazin „SportZeiten“ zu der Überzeugung, dass Alfred Ries demnach kein Opfer des Nationalsozialismus, sondern wohl eher ein Kollaborateur der Nazis gewesen seien müsse. Er bezog sich in seinem Artikel u. a. auf die Akte des Wiedergutmachungsverfahrens von Alfred Ries. Im Juli 2020 griff der Fernsehjournalist Rainer Kahrs in einem Gastbeitrag für das Regionalmagazin „buten un binnen“ der ARD-Anstalt Radio Bremen mit dem etwas reißerischen Titel „Die mysteriöse

Vergangenheit von Werders Ex-Präsident Ries“ dieses Gerücht erneut auf. Doch war Ries tatsächlich ein Nazi-Spion und damit Kollaborateur? Und ist dies überhaupt die Frage, um die es heute gehen sollte?

### Die Aktenlage

Zunächst existiert ein Schreiben von Alfred Ries aus dem Dezember 1948, in welchem er Alfred Lörner, seit 1933 NSDAP-Mitglied, ein Leumundszeugnis in dessen Entnazifizierungsverfahren ausstellt. Er bescheinigt ihm darin, dass „er mir im Auslande viele Wege geebnet und obwohl ich Jude war, mir stets die besten Referenzen und Emp-



Alfred Ries (links vorne) 1965 mit Meisterschale (Vereinsarchiv SV Werder Bremen)

fehlungen bei deutschen Industrieunternehmen beschafft [hat]“, und dies sogar, „obwohl es ihn von amtlichen und besonders parteiamtlichen Verfügungen heraus in Widerspruch mit den seinerzeitigen Gesetzen brachte“. Aus Ries' Sicht war Lörners Hilfe also ein mutiger Freundschaftsdienst.

Vom Abwehrmann Frischmuth liegt seine Aussage in Alfred Ries' Wiedergutmachungsverfahren vom Dezember 1952 vor, in der er sagt: „Herr Dr. Lörner trat mit mir in Verbindung, um für Herrn Ries gefälligkeitshalber eine Gewerbe-Legitimationskarte zu erbitten. [...] Um Herrn Ries gefällig zu sein, setzte ich mich mit dem damaligen Sachbearbeiter der Gestapostelle in Bremen in Verbindung, um diese zur Stellung der erforderlichen Anträge und Erklärungen zu veranlassen.“ Frischmuth betont in seiner Aussage ausdrücklich, „dass es für mich vollkommen klar war in diesem Falle, dass es sich nicht um Ausstellung eines echten Agentenausweises handelte, sondern nur um eine Bescheinigung, die es dem Antragsteller ermöglichen sollte, unbehelligt im Ausland verweilen zu können.“ Ebenso merkt er an, „dass es sich bei dem Antragsteller Ries nicht um den einzigen Fall dieser Art handelte, dass Nicht- oder Halbariern solche Ausweise ausgestellt wurden.“

Wie konnten Heinrich und Kahrs, die sich auf die Akten des Wiedergutmachungs-

verfahrens beziehen, diese Aussagen übersehen? Oder glaubten sie, Walter Frischmuth hätte in dem Verfahren zu Ries' Gunsten die Unwahrheit gesagt?

#### „Geschichtsaufarbeitung“ in den Nachkriegsjahren

Alfred Lörner wurde 1948 durch den Bremer Senator für politische Befreiung als „unbelastet“ eingestuft. Alfred Ries' Antrag auf Wiedergutmachung wurde vier Jahre später jedoch abgelehnt. Auch die Bremer Wiedergutmachungsbehörde hatte Frischmuths Aussage offenbar nicht geglaubt und sich in ihrer Begründung auf die Aussagen von zwei anderen Zeugen bezogen, nämlich denen der Bremer Polizeibeamten Bruno Nette und Friedrich Linnemann. Die beiden ehemaligen Gestapo-Leute erschienen den Beamten wohl glaubwürdiger. Nette, der in seiner Eigenschaft als „Judenreferent“ der Bremer Gestapo selbst die Deportation von Ries' Eltern Rosa und Eduard nach Theresienstadt organisiert hatte, wo beide 1942 ermordet wurden, wurde trotz belastender Zeugenaussagen nur als „minderbelastet“ eingestuft und erhielt eine dreijährige Bewährungsstrafe. Sein Kollege Linnemann bekam sogar schon 1945 eine Stelle beim Bremer Fürsorgeamt. Er hatte in seiner Aussage bei der Wieder-

gutmachungsstelle gemutmaß, dass Ries möglicherweise in „Listen der Agenten“ der „Kriegsmarinestelle Bremen“ erwähnt worden sei, ein Umstand, der Wiedergutmachungsleistungen ausschloss.

Eine Quelle für diese Behauptung konnte bis heute nicht gefunden werden, weder in den deutschen Archiven, noch in den Listen der Mitarbeiter und Agenten Walter Frischmuths, die der britische Geheimdienst in den Kriegsjahren erstellt hatte. Dort sind dutzende Namen aufgeführt, der von Alfred Ries fehlt jedoch. Objektiv betrachtet muss man also zu dem Schluss gelangen, dass eine Spionagetätigkeit durch Alfred Ries zwar theoretisch denkbar ist, aber durch nichts belegt werden kann.

#### Die zweite und die dritte Schuld

Ralph Giordano schrieb 1987, dass „der große Frieden mit den Tätern“ zu einem „Fundament der Staatsgründung“ der Bundesrepublik wurde, was als „zweite Schuld“ bezeichnet werden müsse. Während in Entnazifizierungsverfahren Zeugenaussagen und Beweise teilweise sogar ignoriert und die verhältnismäßig wenigen verhängten Strafen meist schon kurz nach dem Urteilsspruch großzügig abgemildert oder gleich ganz erlassen wurden, sahen sich die Opfer der Nationalsozialisten in ihren Wiedergutmachungsverfahren mit haarspalterischen Beweiswürdigungen und Unterstellungen, wonach sie nicht die Wahrheit sagten oder ihre Aussagen nicht belegen könnten, konfrontiert. Alfred Ries, der seine Eltern in der Shoah verlor, Deutschland unfreiwillig verlassen musste, in Jugoslawien andauernden Repressalien und mehreren Verhaftungen durch die deutschen Besatzer und kroatische Nazi-Kollaborateure ausgesetzt war, sein Leben nur mit Mühe und mit Hilfe von Freunden retten konnte und sein gesamtes Vermögen verlor, ist nur ein Beispiel von abertausenden solcher Fälle.

Historiker und Journalisten sollten heutzutage die nötige Sensibilität dafür entwickelt haben, dass die Quellen, auf denen ihre Recherchen beruhen, mitunter unvollständig oder sogar zweifelhaft sind. In jedem Fall sollten sie sich hüten, Menschen, die in einer nahezu aussichts-

losen Situation ihr Leben retten mussten, aufgrund solcher Quellen vorschnell als Kollaborateure zu bezeichnen. Denn sonst besteht die Gefahr, dass es zu einer „dritten Schuld“ kommt, indem Opfer in Täter oder Mittäter verkehrt werden. Gerade am Lebensweg von Alfred Ries zeigt sich, wohin vorurteilshafte Haltungen führen können. Sicherlich wird vieles aus Ries' dunklen Jahren unklar bleiben, „mysteriös“ ist aber nichts daran.

### Was wurde aus Alfred Ries?

Ries, der nach der Befreiung Deutschlands nach Bremen zurückkehrte, war der maßgebliche Förderer des Baus der neuen Bremer Synagoge, die im August 1961 feierlich eröffnet werden konnte. Auf Bitte seines Parteifreundes Theodor Heuss wirkte er als Handelsattaché und Konsul erster Klasse in Jugoslawien und Indien, danach als Botschafter der jungen Bundesrepublik in Liberia. Nach seiner Pensionierung 1963 wurde er wieder zum Präsidenten des SV Werder Bremen gewählt. Er erhielt das Große Bundesverdienstkreuz für seine Dienste als Botschafter und durfte die erste von vier Meisterschaften des SV Werder im Jahre 1965 als dessen Präsident noch miterleben. Er starb 1967 im Alter von 69 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit. Der von ihm geprägte Satz: „Wer Versöhnung will, muss sie praktizieren“ wird für immer bleiben. Seinem Leben und seinen großen Leistungen sollten wir ein ehrendes Andenken bewahren.

### Erinnerungskultur beim SV Werder Bremen

2016 machten Dr. Vera Harms, Vorstandsmitglied der DIG Bremen/Unterweser e.V., und ihr Ehemann Dirk, langjähriges Mitglied der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung, den damaligen Mitarbeiter des Fan-Projekts Bremen e.V. Thomas Hafke darauf aufmerksam, dass sie das Grab von Alfred Ries auf dem jüdischen Friedhof in Bremen-Hastedt, wo auch Vera Harms' Eltern beerdigt sind, wiederentdeckt hätten. Hafke, ebenfalls Mitglied der DIG Bremen/Unterweser, konnte mit dem Namen zunächst gar nichts anfangen. Er fragte daher in einem Artikel im Werder-Fanma-



Foto: Jan Kranefeld

### Werder-Präsident Hubertus Hess-Grunewald und Buchinitiator Thomas Hafke

gazin „Wer kennt Alfred Ries?“ Es stellte sich heraus, dass bereits in den 1980er Jahren zu Ries und anderen jüdischen „Werderanern“ geforscht wurde. Auch konnte ein Kontakt zu Ries' Ehefrau Hilde, die nach dem Tod ihres Ehemanns nach Süddeutschland gezogen war und leider letztes Jahr verstarb, hergestellt werden.

Es kam dazu, dass Werder-Fans eine Broschüre mit Bildern und Informationen zu Alfred Ries, die sie von Hilde erhalten hatten, erarbeiteten und sich außerdem seines verwahten Grabes annahmen. Nun wurde auch die Werder-Vereinsführung auf ihren ehemaligen jüdischen Präsidenten aufmerksam und handelte schnell: Am „Tag der Fans“ im Juni 2018 wurde vom damaligen Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft und DIG-Mitglied Christian Weber und Werder-Präsident Hubertus Hess-Grunewald der bisher namenlose Platz westlich des Weserstadions im Beisein tausender Fans offiziell als „Alfred-Ries-Platz“ benannt. Es entstand zudem die Idee, ein Buch über die Geschichte des Vereins in der Nazi-Zeit und seine jüdischen Mitglieder zu

schreiben. Nach intensiver Recherche- und Erarbeitungszeit konnte dieses Buch nun mit dem Titel „Werder im Nationalsozialismus. Lebensgeschichten jüdischer Vereinsmitglieder“ im Verlag „Die Werkstatt“ veröffentlicht werden. Finanzielle Unterstützung erhielten Autor\*innenkollektiv und Verlag von der Werder Bremen Stiftung, dem Rotary Club Bremen und der DIG Bremen/Unterweser e.V. Die offizielle Buchvorstellung, an der auch Prof. Tamar Rapoport teilnahm, fand am 17.03.2022 im Weserstadion Bremen statt. Am 26.04.2022 folgte eine weitere Veranstaltung, in der die Lebensgeschichten weiterer Vereinsmitglieder vorgestellt wurden. Aufgrund der Recherche-Ergebnisse konnten außerdem drei neue Stolpersteine verlegt werden.

Die DIG Bremen/Unterweser e.V. hat die beiden bisherigen Veranstaltungen gefilmt und auf ihrem YouTube-Kanal [youtube.com/DIGBremen](https://www.youtube.com/DIGBremen) veröffentlicht. Im Sommer folgen weitere Veranstaltungen, die wir ebenfalls aufzeichnen und dort veröffentlichen werden.

Jan Kranefeld

### Der Autor

Jan Kranefeld ist Gründer und Geschäftsführer einer Internet-Agentur in Bremen und Werder-Fan. Seit 2012 ist Vorstandsmitglied der DIG Bremen/Unterweser e.V., zunächst als Beisitzer und seit 2016 als Schatzmeister. Seit Beginn der Corona-Krise 2020 filmt er möglichst viele DIG-Veranstaltungen in Bremen und veröffentlicht diese auf [youtube.com/DIGBremen](https://www.youtube.com/DIGBremen)

# AMNESTY INTERNATIONAL

## Amnesty und zwei Reaktionen aus unseren Kreisen:

Amnesty International hat zu Jahresbeginn über Menschenrechtsverletzungen publiziert und dabei die Politik Israels der „Apartheid gegenüber Palästinensern“ bezichtigt. Mit zwei Beiträgen möchten wir dieses Thema behandeln: einen deutlich erzürnten des Jungen Forums Israel und einem zur Besinnung aufrufenden zweier Präsidiumsmitglieder der DIG. Der Leser möge sich ein Bild machen ... Und: Auch im Beitrag über Freiburg und Isfahan spielt Amnesty eine Rolle. Die Red.

# Apartheid-Staat?

Ein Kommentar aus Israel

Alle paar Jahre, so scheint es, überlegen sich Antisemiten und Israelhasser neue Strategien, um den Staat Israel zu dämonisieren und dessen Existenzrecht zu untergraben. Dieses Jahr hat man auf eine altbewährte Strategie zurückgegriffen – Israel als Apartheid-Staat zu diffamieren; so geschehen von der britischen Sektion von Amnesty International (AI), einer einst renommierten Menschenrechtsorganisation, die in den 60ern mit dem Ziel gegründet wurde, den Schutz der Menschenrechte und politischer Minderheiten anzustreben, und unter anderem deren wirtschaftliche, kulturelle und soziale Gleichstellung zu fördern.

Der Begriff „Apartheid“, praktiziert von einer weißen Minderheitsregierung in Süd-Afrika von 1948 bis 1994, kennzeichnet ein System „rassischer“ Herrschaft mit systematischer Unterdrückung und Beherrschung einer Opfergruppe und Verhinderung an politischer, sozialer, wirtschaftlicher oder kultureller Teilhabe. Trifft dieser Begriff auf das zu, was in Israel passiert, oder ist er irreführend?

*„... diese Leute dort (haben) auch den Vorteil, sich aus komfortablen Büroräumen die Welt so auszumalen, wie sie sie sich gerne wünschen.“*

Wer wie ich in Israel zur Schule ging, weiß, dass Arabisch fester Bestandteil des Lehrplans in israelischen Schulen ist, weshalb viele Israelis Arabisch sprechen; das kann nämlich nicht nur im Militärdienst von Nutzen sein. Auch im täglichen Leben gibt mehr als genug Möglichkeiten, sich auf Arabisch zu unterhalten: ob in der Apotheke, wo die Apotheker überwiegend Araber sind, im Krankenhaus (das israelische Gesundheitssystem würde ohne Araber wahrscheinlich zusammenbrechen), im Bus, in der Universität, ja sogar in der Knesset. In den letzten Jahren ist ein klarer Aufwärtstrend in Richtung arabischer Beteiligung an politischen Prozess im



Foto: www.shutterstock.com/DanteleAloisi

## Apartheid?

Land zu erkennen und arabische Parteien sind in vielerlei Hinsicht das Zünglein an der Waage in wichtigen politischen Entscheidungen geworden oder sitzen als oberste Richter in israelischen Gerichten. Bezeichnend, dass sogar Mansour Abbas, Parteivorsitzender der Ra'am Partei (Vereinigte Arabische Liste, Teil der Islamischen Bewegung in Israel) das Label „Apartheid“ ablehnte.

Doch wie sieht es mit Judäa und Samaria oder gar Gaza aus? Jedem sollte bewusst sein, dass die Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) von einem Präsidenten regiert wird, der sich im 17. Jahr seiner eigentlich 4-jährigen Präsidentschaft befindet. Als führende Persönlichkeit der Fatah-Bewegung sponsort er Terrorismus und hindert den Friedensprozess. In Gaza regiert die Hamas, eine islamistische Terrororganisation, deren Existenzgrundlage es ist, gewaltsam Widerstand zu leisten und Israel von der Landkarte zu tilgen. Von beiden Gebieten geht eine unmittelbare Gefahr für Israel aus: von der PA durch Terrorbereite Einzeltäter, die nicht mehr brauchen als ein Messer und den Willen, Menschenleben zu beenden und ebenso von den Terrormilizen in

Gaza, deren kreative Methoden Schaden anzurichten (Raketen, Tunnel, Brandstiftung) scheinbar kein Ende haben. Diese tagtägliche Bedrohung wird von AI nicht zur Kenntnis genommen, doch haben diese Leute dort auch den Vorteil, sich aus komfortablen Büroräumen die Welt so auszumalen, wie sie sie sich wünschten. Israel hingegen muss mit der undankbaren Situation, in welcher sich der Staat und seinen Grenzen befindet, umgehen und sie so gut es geht, managen. Das Ergebnis lässt oftmals beide Seiten unzufrieden: Israelis wünschen sich striktere Maßnahmen, die das Leben der Soldaten und der Zivilgesellschaft schützen (allen voran der Süden des Landes, der den Dauer-Raketenbeschuss inzwischen als Normalität anerkennen muss), Palästinenser beklagen die Verhältnisse, die sich für die Menschen im Gazastreifen und in den Gebieten daraus ergeben; die hohe Arbeits- und Perspektivlosigkeit und die Reisebeschränkungen.

*„Die simplistische schwarz-weiße Darstellung von AI ... ignoriert die Realität vor Ort.“*

Die Realität ist, Israelis sehnen sich nach nichts mehr, als dass ihre Kinder endlich nicht mehr in Uniform das Haus verlassen müssen, doch sie sind weder naiv noch geschichtsvergessen. Wie die Vergangenheit zeigt, wird Frieden erst möglich sein, wenn es auf beiden Seiten breite gesellschaftliche Unterstützung und politische Bereitschaft gibt, das Blutvergießen zu beenden. Die Öffentlichkeit in Israel hat kein Interesse daran, dass Palästinensern körperlicher oder psychischer Schaden zugefügt wird. Im Gegenteil, es ist in unserem Interesse, wenn Probleme im arabischen Sektor gelöst werden, wie der Beitritt der Ra'am-Partei zur Regierungskoalition gezeigt hat. Doch der ideale Umgang mit zwei Bevölkerungen, die auf manchen Ebenen tief verfeindet, auf anderen Ebenen tief verbunden sind, ist ein Problem, das sich einfachen Lösungen verweigert. Die simplistische schwarz-weiß Darstellung des AI ist deshalb komplett fehl am

*„Israel mag eine Vielzahl von Problemen haben, doch Apartheid ist nicht eines davon.“*

Platz und ignoriert die Realität vor Ort. Sie liefert nicht nur verzerrte Darstellungen, sondern verharmlost und zweckentfremdet durch diesen absurden Vergleich das grausame Apartheid-Regime in Südafrika.



Ursprung Südafrika. Blick auf den provokativen Eingang des Apartheidmuseums

Erfreulicherweise sind die Reaktionen auf den Bericht weitestgehend negativ: die USA, Großbritannien, Australien, Kanada und viele weitere Länder weisen die Anschuldigungen des Berichtes zurück, viele mit Hinweis auf den ohnehin schon steigenden Antisemitismus weltweit, der durch einseitige Schuldzuweisungen weiter befeuert wird. Auch das Deutsche Auswärtige Amt bezog Stellung zum Thema: Begriffe wie „Apartheid“, sowie eine einseitige Fokussierung der Kritik auf Israel lehne man ab. Für eine Lösung des Nahostkonflikts sei das nicht hilfreich.

Was jedoch immer hilfreich ist, ist sich selbst vor Ort ein realitätsgetreues Bild der Situation zu machen. Beurteilen Sie selbst vor Ort, ob Israel Apartheid praktiziert. Besuchen Sie Jerusalem, Haifa, oder andere Orte, an denen Israelis und Araber Seite an Seite koexistieren. Sie werden feststellen, dass sich die Antwort auf diese Frage erübrigt. Israel mag eine Vielzahl von Problemen haben, doch Apartheid ist nicht eines davon.

Yaron Lischinsky, Lina Eisenberg  
Junges Forum Israel

Israel erklären, aber wie?

## Der Fall Amnesty International

Matheus Hagedorn & Vincent Wolff vom DIG Präsidium beleuchten die Situation

Das politische Berlin empört sich über Antisemitismus. Darüber hinaus bleibt es still. Die Debatte um den jüngsten Israel-Bericht von Amnesty International zeigt beispielhaft die Grenzen, gesellschaftliche Mehrheiten für die Israel-Solidarität zu gewinnen. Doch wie kann das gelingen? Was kann die DIG dazu beitragen?

Die britische Sektion von Amnesty International (AI) hat einen Bericht zu Menschenrechtsverletzungen im israelisch-palästinensischen Konflikt veröffentlicht. Dabei charakterisierte AI die Politik Israels als

„Apartheid gegen die Palästinenser“. Das Auswärtige Amt distanzierte sich deutlich. Namhafte deutsche Politiker:innen aus Regierung und Opposition kritisierten den Bericht als einseitig und verurteilten die

Wortwahl als antisemitisch. Die deutsche Sektion von Amnesty wiegelt ab.

Von proisraelischen Gruppen konnte man sofort erfahren, dass der Bericht antisemi-

tisch sei. Protestaktionen folgten on- wie offline. Was genau die Argumente für dieses Urteil waren, war aber oftmals nur schwer zu erkennen.

**Was ist das Problem mit dem Apartheidsbegriff?**

Apartheid ist der Name für das rassistische System Südafrikas, das zwischen 1948 und 1990 bestand. Die Apartheid trennte rassistisch definierte Bevölkerungsgruppen streng voneinander. Getarnt wurde diese antidemokratische Gewaltherrschaft durch eine vermeintlich freie Selbstverwaltung der schwarzen Mehrheit in zahlreichen Townships. So sicherte sich eine weiß definierte Minderheit über Jahrzehnte ihre Herrschaft über die nicht-weiße Mehrheitsbevölkerung. Das rassistische Regime fiel mit dem Ende des Kalten Krieges. Heute gilt die Apartheid als verbrecherischer Irrweg der Geschichte.

Doch wer weiß genau, was Apartheid heißt? Und wer kann daraus folgern, dass Vorwurf der Apartheid gegen Israel eine Lüge und eine antisemitische Delegitimation Israels ist? Breite Empörung proisraelischer Stimmen in der Tagesschau ändert nichts am allgemeinen Bewusstsein in der deutschen Bevölkerung. Denn was ist mit der indifferenten Mehrheit, die sich bisher wenig mit Rassismus, Antisemitismus und Israel auseinandergesetzt hat? Wie soll sie verstehen, was proisraelische Kreise einer hochangesehenen Menschenrechtsorganisation vorwerfen? Nichts davon ist selbsterklärend. Die Schulbildung zu diesen Themen ist lückenhaft und oft einseitig. Empörung und Anklage von Israelfreund:innen erreicht daher oft nur die, die selbst empört sind.

**Unsere Aufgabe: Israel und Antisemitismus erklären**

Es kann nicht die Aufgabe der DIG sein, die wechselhaften Positionen der israelischen Regierung in der deutschen Bevölkerung zu verankern. Unsere Aufgabe sollte vielmehr darin bestehen, Mechaniken zu erklären: Israel agiert als Demokratie in einer weitgehend undemokratisch organisierten Region. Die DIG muss die innerisra-

elischen Kontroversen zeigen. Dabei wird erkennbar, dass die schrillen Apartheidsvorwürfe die Kontroversen um die prekäre Lage der Palästinenser:innen übertönen.

Viele Menschen in Deutschland werden durch starke Kriegsbilder emotionalisiert, politische Bewegungen verbinden Israel mit Rassismus und die Ablehnung Israels mit Antirassismus. Die Lüge der Apartheid macht es aber erst recht unmöglich, im wahrsten Wortsinne Kritik an Rassismus zu üben. Denn das hieße zu trennen, zu unterscheiden. Israels Bürgerschaft besteht zu 20 Prozent aus muslimischen Araber:innen, deren politische und wirtschaftliche Stärke sich aller gesellschaftlichen Benachteiligung zum Trotz zusehends ausweitet. Die Erfolge der erzkonservativen islamischen Partei Ra'am zeigen, welche Kräfte das Ende des Boykotts freisetzt: Ihr Parteichef Mansour Abbas ist in der israelischen Regierung kein Feigenblatt, sondern das Zünglein an der Waage. Abbas hat der Koalition um Naftali Bennett und Yair Lapid milliardenschwere Programme für die arabische Minderheit abgerungen. Auch Abbas, dessen Partei der islamistischen Muslimbruderschaft ideologisch nahesteht, bestreitet übrigens, dass Israel ein Apartheidstaat sei.

**Warum ist die Lage, wie sie ist?**

Tatsache ist, dass Israel in der Palästinenserpolitik zwischen Macht und Ohnmacht steht. Die militärische Besatzung im Westjordanland bedeutet Machtausübung, die Palästinenser:innen behindert. Das ist ein wichtiger, aber doch nur ein Teilaspekt der prekären Lage in den palästinensischen Gebieten. Die israelische Politik gegenüber den palästinensischen Gebieten richtet sich nach militärischen, geostrategischen und teils religiösen Logiken, aber nicht nach einer rassistischen Ideologie. Ohnmacht hat Israel, wenn es um die allgemeine Wahrnehmung dieser Politik geht. Israel steckt in einem Dilemma, das es nicht geschaffen hat: Die Kontrolle über Millionen Palästinenser ist ein Übel, doch die drohende Alternative – dschiha-distische Herrschaft über Gaza und das Westjordanland – ist das weit größere. Dieses Dilemma betrifft letztlich auch

die Menschenrechtslage der Palästinenser. Amnesty International hat sich entschieden, die humanitären Dilemmata für Israelis und Palästinenser nicht zu zeigen, kaum auf die repressiven Innenverhältnisse im Westjordanland und Gaza einzugehen, und dafür voll auf Delegitimierung des jüdischen Staates zu setzen. Damit nährt AI antisemitische Narrative. Antisemitismus lässt sich nicht widerlegen. Doch mit Blick auf die indifferente Mehrheit in der deutschen Bevölkerung reicht es nicht aus, sich über antisemitische Resentiments zu empören.

**Was wir erreichen können und sollten**

Unser Ziel muss es sein, für eine nachhaltige Solidarität mit Israel zu werben. Dazu ist mehr nötig, als Politiker:innen zu überzeugen. Es geht um die Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Vonseiten der DIG braucht es nicht nur Empörung, sondern auch das kompetente Einordnen innerisraelischer Debatten in Bezug auf die Palästinenser:innen.

Wir müssen auch Menschen ansprechen und überzeugen, die von Israel bisher wenig wissen und sich nicht mit Fragen zu Antisemitismus und Konflikten in der Region auseinandergesetzt haben. Wir müssen Israels politische Spielräume differenziert erklären, müssen verständlich machen, was genau Antisemitismus ist und wie sich dieser in der Israel-Debatte zeigt. Wir können andere dabei mitnehmen – und so die Israel-Debatte entscheidend verändern.

Matheus Hagedorny,  
Vincent David Wolff

**Die Autoren**

**Matheus Hagedorny** ist Mitglied der DIG Leipzig, war Mitglied im Präsidium der DIG und hält sich seit dem Sommer zu Forschungszwecken in USA auf.

**Vincent David Wolff** ist erneut gewählter Vizepräsident der DIG, Mitglied der DIG Berlin und verantwortet die digitale Außendarstellung unseres Verbandes.

# Städtepartnerschaft mit Isfahan

## Iran: Wie viel „rote Linie“ darf's für Freiburg sein?

Freiburg im Breisgau hat zwei besondere Straßen – die Isfahanallee und die Tel Aviv-Yafo-Allee. Beide Wege jedoch führen nicht aus einem mehr als 20 Jahre alten Konflikt, den die beschauliche Stadt auf der Weltbühne „aussitzt“. Unsere Autorin Mirjam Fischer, Vorsitzende DIG Freiburg, hat Hintergründe.

Das Regime in Teheran ruft regelmäßig zur Vernichtung Israels auf, der Atomstreit spitzt sich zu, Demonstranten werden verfolgt – auch in Isfahan. Freiburg hält trotz aller Kritik an der Partnerschaft mit der zentraliranischen Stadt fest und sucht (noch) die „rote Linie“.

Im Mai 2022 wurde ein Oberst der Iranischen Revolutionsgarden (IRGC) erschossen, einer Eliteeinheit, die Religionsführer Ali Khamenei unterstellt ist. Die Führung der Islamischen Republik Iran gab Israel die Schuld – und rief nach Vergeltung. „Tod Israel“ wurde auf der Beerdigung skandiert: Die Bedrohung für Israel ist real.

Laut dem jüngsten Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), der im März veröffentlicht worden ist, könnte der iranische Vorrat an angereichertem Uran schon bald für die Atombombe reichen – Zentrifugen-Teile werden auch in einer Anlage in Isfahan produziert. Freiburg hat die Städtepartnerschaft mit der iranischen Großstadt Isfahan im Jahr 2000 besiegelt – da war den Freiburgern die Atomfabrik bekannt.

Ebenso war und ist die steigende Zahl der Hinrichtungen in Iran und auch in Isfahan kein Geheimnis – ebenso wenig wie die unmenschlichen Zustände in den Gefängnissen, in denen gefoltert und misshandelt wird – im Dastgerd-Gefängnis in Isfahan haben Einzelhaft und Isolation bereits zu Suiziden junger Häftlinge geführt, wie das Sekretariat des Nationalen Widerstandsrates des Iran (NWR) im Sommer 2020 mitteilte. Oft werden Homosexuelle ermordet – aufgehängt an Kränen auf öffentlichen Plätzen.

### „Gretchenfrage“: Wie nutzt Freiburg die Städtepartnerschaft

An diesen Zuständen hat sich auch nichts geändert, als der im Westen als gemäßigt geltende Staatschef Ebrahim Raisi im August 2021 Hassan Rohani im Amt ablöste. Neue Gesetze und Gesetzesänderungen hätten zu noch stärkeren Einschränkungen unter anderem der sexuellen Rechte geführt, schreibt Amnesty International im Jahresbericht 2021. Die Todesstrafe sei vergangenes Jahr vermehrt als Mittel der politischen Unterdrückung eingesetzt worden, Hinrichtungen wären nach unfairen Gerichtsverfahren erfolgt. In Isfahan gab es auch im Juni 2022 wieder mehrere Hinrichtungen.

Bei den Aufständen gegen das Regime in Abadan sind in den vergangenen Wochen auch Menschen aus Isfahan auf die Straße gegangen – NWR-Präsidentin Maryam Rajavi sagte, dass Kha-



Freiburg im Breisgau

menei und Raisi sich nicht mehr so sicher fühlen sollten, weil das iranische Volk zusammenstehe und sich nicht länger durch die Unterdrückung des Regimes einschüchtern lasse. Gibt es Freiburger Solidarität mit den Demonstranten, die in Isfahan Kopf und Kragen riskieren?

Der seit 2018 amtierende Oberbürgermeister Martin Horn (parteilos) sieht sich als Brückenbauer. „Und das Besondere ist, dass Freiburg nicht nur eine Partnerschaft mit Isfahan im Iran hat, sondern auch mit Tel Aviv in Israel und mit Madison in den USA“, sagte er kürzlich dem Deutschlandfunk – da gehe auf kommunaler Ebene dann „gerne mal mehr als in der großen Politik“. Die „Gretchenfrage“ ist: Wie nutzt Freiburg die Städtepartnerschaft für den Einsatz der Menschenrechte und gegen Israelhass – im Iran und ganz konkret in Isfahan?

### Runder Tisch: Die Suche nach der „roten Linie“

Im Rathaus gibt es mittlerweile einen „Runden Tisch“. Getagt wurde im Mai 2022. Es sei eine erste gute Runde zum Thema Partnerstädte und Menschenrechte gewesen, jedoch noch recht allgemein gehalten und ohne die Definition von „roten Linien“, sagte auf Anfrage der DIG AG Freiburg die Grünen-Stadträtin Anke Wiedemann. Es wurde beschlossen, dass es einen weiteren Austausch geben soll.

Eingeladen zu dem Treffen waren Vertreter der Fraktionen und zivilgesellschaftliche Gruppen „wie der Freundeskreis Freiburg-Isfahan und Freiburg-Wiwili, Amnesty sowie das Informationszentrum 3. Welt“, erklärte Günter Burger vom „Referat für internationale Kontakte“ der Stadt Freiburg. Burger ist zuständig für die Städtepartnerschaften und Vorstandsmitglied im Freundeskreis Freiburg-Isfahan, der unter anderem die Bürgerreisen organisiert, und hält – wie OB Horn und die Mehrheit des Gemeinderats – an einer Fortführung der Beziehungen fest. Moderator beim ersten Treffen war der Islamwissenschaftler Prof. Dr. Tim Epkenhans.

Man habe eine Partnerschaft mit der Stadt Isfahan, nicht mit dem islamischen Regime, so Burger. „Als Ergebnis der ersten Sitzung des runden Tisches wurde klar, dass man hier deutlich trennen muss und nicht die Stadtverwaltung mit dem Regime gleichsetzt.“

**„Nützlicher Idiot“ des iranischen Regimes?**

Als 2005 Freiburg in Verlegenheit geriet, weil Ahmadinedschad zur Auslöschung Israels aufgerufen hatte, sagte Horns Vorgänger Dieter Salomon (Grüne) seine Reise kurzfristig ab. Isfahan habe auch den nicht stattgefundenen Besuch für sich ausgeschlachtet, hieß es in einem Artikel in der „Welt“ – die regimetreue Presse habe stolz über einen Empfang berichtet, den man dem Freiburger Oberbürgermeister und seiner Delegation bereitet habe.

Es hat sich früh angedeutet, was etwa exilierte Regimekritiker wie Dr. Kazem Moussavi, Sprecher der „Green Party of Iran“, Mitglied der überparteilichen Initiative „Stop The Bomb“ und Herausgeber des „Iran Appeasement Monitor“, seit Jahren kritisieren: Dass Freiburg von der Propaganda des Regimes benutzt wird, um im Westen gut dazustehen. „Die Regimepresse wirbt damit, dass Isfahan zur ersten muslimischen Partnerstadt Freiburgs wurde und Freiburg ein Isfahan im Herzen Europas sei“, sagte Moussavi. Das zeige, dass das Regime die Städtepartnerschaft instrumentaliere, um von den Hinrichtungen, den jährlich stattfindenden israelfeindlichen Alquds-Märschen – die auch von Isfahans Stadtverwaltung unterstützt werden – und von der Gewalt bei friedlichen Antiregime-Protesten abzulenken.

Eine vom Staat unabhängige Zivilgesellschaft könne es im Iran und in Isfahan nur im Untergrund geben: „Sie ist für Freiburger

Touristen also nicht zu erreichen“, so Moussavi, der auch die Freiburger Bürgerreisen nach Isfahan für „völlig unangebracht“ hält. Alle kulturellen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kommerziellen, sportlichen und touristischen Belange in der iranischen Stadt werden von der Revolutionsgarde und den Geheimdiensten strikt kontrolliert. Sein Vorschlag: „Alle Fakten sprechen dafür, diese Partnerschaft sofort auf Eis zu legen bis zum Sturz des Regimes, um sie dann zu reaktivieren.“

**Universität Freiburg:  
Akademisches Austauschprogramm „auf Eis gelegt“**

Zuletzt gab es Ende 2021 einen Antrag der Fraktion Jupi („Jung, urban, polarisierend, inklusiv“) im Freiburger Gemeinderat und zweier Stadträte der Grünen Alternativen innerhalb der Fraktion „Eine Stadt für alle“ (Esfa), die Städtepartnerschaft auszusetzen, „bis dort andere politische Bedingungen herrschen, die Menschenrechte eingehalten würden, die Todesstrafe abgeschafft und das Existenzrechts Israels anerkannt werde“, berichtete damals die Badische Zeitung. Der Vorstoß führte nicht zum Erfolg.

Die Universität Freiburg hat die Kooperation und das akademische Austauschprogramm mit der Universität in Isfahan wegen der politischen Unruhen in Iran bereits im Herbst 2019 ausgesetzt. „Die Universität Freiburg hat damals antisemitische Äußerungen innerhalb der Universität Isfahan kritisiert, und die Leitung der Universität Isfahan hat sich damals von den Äußerungen distanziert“, sagte Bastian Strauch, Stellvertretender Pressesprecher der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Generell prüfe die Universität alle ihre Kooperationen fortlaufend und individuell hinsichtlich Compliance anhand eines Qualitätssicherungssystem unter Verantwortung des Prorektors für Forschung und Innovation sowie Einbezug des gesamten Rektorates.

Das Regime in Teheran leugnet den Holocaust, veranstaltet antisemitische Karikatur-Wettbewerbe, der „Oberste Führer“ Khamenei hetzt in Social Media gegen Juden und am Nuclear Research Institute der Universität Isfahan finden Experimente zur Herstellung von Atomwaffen statt – die Stadt Freiburg sucht die „rote Linie“ noch, damit die Städtepartnerschaft mit Isfahan „auf Eis gelegt“ wird.

Tel Aviv

Foto: www.shutterstock.com/Dmitry Pistrov



Isfahan

Foto: www.shutterstock.com/Fotokon



# Erweiterung der Perspektive

## Rezension zu Dan Diners aktuellem Buch „Ein anderer Krieg“ von Gunnar Placzek

Die Rückschau auf den Zweiten Weltkrieg fokussiert im deutschen Diskurs in der Regel auf das Geschehen innerhalb Europas. Dafür gibt es mit den Verbrechen der Shoah, dem örtlichen Bezug und der Verquickung der Ereignisse mit persönlichen Familiengeschichten gute Gründe. Warum sich eine intensivere Betrachtung mit kriegsentscheidenden Ereignissen fernab des eigenen Kontinents dennoch lohnt, etwa der Seeschlacht am Midway-Atoll oder der Doppelschlacht von Imphal und Kohima im nordöstlichen Indien, zeigt der deutsch-israelische Historiker Dan Diner in seinem aktuellen Buch „Ein anderer Krieg. Das jüdische Palästina und der Zweite Weltkrieg 1935-1942“.

Diner, der als emeritierter Professor für Moderne Geschichte der Hebrew University Jerusalem angehört, erweitert den Blick auf das weltumspannende Geflecht aus parallelen Kampfhandlungen, Truppenbewegungen und Versorgungslogistik. Die ungewohnte Wahl des zeitlichen Rahmens ergibt sich aus der Bedrohung der jüdischen Gemeinschaft im britischen Mandatsgebiet Palästina. Sie begann mit dem italienischen Abessinienfeldzug 1935 und endete mit der Vernichtung der deutschen Panzerarmee bei El-Alamein durch Großbritannien 1942. Eindrucksvoll schildert Diner, wie der vermeintlich sichere Hafen für jüdische Flüchtlinge aus Europa sich zwischenzeitlich einer drohenden deutschen Zangenbewegung aus Nordafrika sowie dem Kaukasus gegenüber sah und Teile der Bevölkerung sich – während die britische Mandatsmacht für diesen Fall bereits ihren Rückzug in Richtung Indien vorbereitete – für ein letztes Gefecht gegen die Deutschen im Karmel-Massiv wappneten.

Das Werk beschreibt eine Zeit, in der die britische Armee die Hauptlast des Kriegs

gegen die Achsenmächte trug und dazu gewaltige Massen an Kampfeinheiten und Material um die Welt bewegte. Entsprechend oft wechselt die Erzählung den Ort, schildert die Bedrohung wichtiger Versorgungskorridore durch Japan und Vichy-Frankreich sowie die enorme Bedeutung der indischen Kolonialgebiete für die britische Kriegsanstrengung, ohne dabei aber Struktur und Übersichtlichkeit preiszugeben. Das jüdische Palästina dient dabei stets als Bezugspunkt, zu dem der Autor immer wieder zurückkehrt und das globale Geschehen mit dem Schicksal des Jischuws zusammenführt.

Dan Diners Buch ist ein Plädoyer für die Ergänzung einer weiteren, für den deutschen Diskurs unvertrauten Sicht auf den Zweiten Weltkrieg. Deutlich wird vor allem die Perspektive der jüdischen Gemeinschaft Palästinas, doch auch allgemeiner die des Globalen Südens, die Bedeutung seiner Kriegsschauplätze, sowie die Beteiligung seiner Bevölkerung an fremden Armeen und ihre geleisteten Opfer. Für



diese Erweiterung der Perspektive geht „Ein anderer Krieg“ selbst als äußerst gelungenes Beispiel voran.

Deutsche Verlags-Anstalt

352 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag  
EUR 34,00 [D]  
ISBN 978-3-421-05406-7



Dan Diner

Foto: privat

# Kunst- und Kulturgeschichte

# Die Menora



Wie kaum ein anderer Kultgegenstand entwickelte sich die Menora zum Symbol für das Judentum. Die Menora vereint die Geschichte Israels sowie den jüdischen Glauben gleichzeitig in ihrer Form und Rezeptionsgeschichte, wodurch es nahezu selbstredend ist, dass sie das Wappen Israels repräsentiert und repräsentativ vor der Knesset steht. Zwischen Überlieferung und geschichtlicher Symbolkraft lässt sie uns jüdische sowie israelische Identität nachvollziehen.

## Die Gestalt der Menora

Doch woher kommt die siebenarmige Gestalt der Menora? Die frühesten bildlichen Überlieferungen sind uns in Form von Münzen aus der Zeit des Hasmonäer Königs Mattatias Antigonos (40 – 37 BCE) erhalten. Als letzte jüdische Selbstverwaltung in Judäa ließ Mattatias die Münzen mit der Menora prägen. Diese verwies zum einen auf seine priestergeschlechtliche Abstammung, zum anderen waren sie primär als oppositionelle Propaganda zu verstehen, da die Münzen keinerlei großen Materialwert aufzeigten. Ebenfalls wurden zahlreiche Graffiti der Menora in ihrer siebenarmigen Gestalt gefunden, das älteste beim Jerusalemer Grab Jasons.



Bild: <https://www.prometheus-bildarchiv.de>

**Münze aus der Zeit des Hasmonäer Königs Mattatias Antigonos (40 – 37 BCE)**

Dank dieser Überlieferungen erfahren wir zugleich zweierlei: zum einen, dass die erhaltene Gestalt der Menora bis zur heutigen Zeit nahezu unverändert geblieben ist; zum anderen jedoch, dass die Menora weit über 2000 Jahre einen repräsentativen, politischen sowie religiösen Charakter aufweist. Den Ursprung ihrer Gestalt hat die Menora der Überlieferung nach im Tanach. Dass Kandelaber in kultischen Kontexten auftauchten, war im Alten Orient zunächst nichts Ungewöhnliches, ungewöhnlich jedoch war die beschriebene Form der Menora. Bereits in der Tempelbeschreibung Salomons werden zehn Menorot beschrieben, die aus purem Gold gewesen sein sollen (1 Kön 7,49), diese jedoch werden in der Ausarbeitung vermutlich dem weit verbreiteten neubabylonischen Vorbild gefolgt sein. Weiter wird in Ex 25,31-37 von goldenen Leuchtern gesprochen, die Verzierungen der Menora sind nahezu vollständig den Beschreibungen nach Exodus übernommen. Am deutlichsten jedoch gibt die Vision Sacharjas die Gestalt der Menora wieder: „Und er sprach zu mir: Was siehst du? Und ich sagte: Ich sehe: und siehe, ein Leuchter ganz aus Gold und sein Ölgefäß oben auf ihm und seine sieben Lampen auf ihm, je sieben Gießröhren für die Lampen, die oben auf ihm sind; und zwei Ölbäume neben ihm, einer zur Rechten des Ölgefäßes und einer auf seiner Linken“ (Sach 4,2-3).

Dieses Zitat findet sich ebenfalls auf den Armen der Knesset-Menora.

Es ist das erste Mal, dass explizit von einem siebenarmigen Leuchter gesprochen wird, der im späteren Geschichtsverlauf mehrfach rezipiert wurde, wie auch Berichte über den Tempel des Herodes von Flavius Josephus bestätigen. Eine historisch inspirierte Überlieferung der Menora lässt sich hingegen bereits in der Eisenzeit finden, beim beliebten Symbol des Lebensbaums, im mesopotamischen Kulturraum. Ebenso findet sich eine ägyptische Komponente in der Lebensbaum-symbolik, da sie in Ausgestaltung die Präsenz des G'ttlichen manifestiere. Der Sprung zwischen Lebensbaum und einem kosmischen, g'ttlichen Baum, fand erst in der hellenistisch-römisch geprägten Zeit statt: vom Lebensbaum zum brennenden Baum: „a Symbol of life and immortality“. Die sieben Arme der Menora sind in ihrer Interpretation umstritten. Einige deuten die sieben Arme auf die sieben Planeten hin, die sieben Wochentage, in denen G'tt die Welt geschaffen haben soll oder einfach als Kennzeichnung für das G'ttliche.

## Die Funktion der Menora

Die Hauptfunktion sowie die Positionierung der Menora wird in Exodus genauer

beschrieben. Demnach wurde sie vor dem Tabernakel auf einem Tisch platziert (Ex 26:35). Flavius Josephus beschreibt die Positionierung der Menora im Tempel wie folgt: „Facing the table, near the south wall, stood a candelabrum of cast gold, hollow, and oft the weight of a hundred minae“. Die Tradition der Aufstellung ist gekennzeichnet von Kontinuität, zudem war die Menora das einzig zugelassene Licht im rituellen Akt. Das Anzünden der einzelnen Lampen war lediglich den Priestern vorbehalten und wurde im täglichen Ritual miteingebunden. Dieser rituelle Akt war in religiösen Kontexten Mesopotamiens weitverbreitet, wie bereits die neubabylonischen Siegel belegen. Ebenfalls spielt die Menora außerhalb des rituellen Zeremonialakts eine Rolle bei jüdischen Beerdigungen sowie im Alltagsleben. Da Menora-Abbildungen vermehrt auf Sarkophagen und Gräbern gefunden wurden, wie bei Jasons Grab, liegt die Vermutung nahe, dass die Menora als Identifikationscode verwendet wurde. Somit können wir bereits anhand der Bestattungsriten eine Symbolwerdung der Menora ablesen. Eine freistehende Menora wurde vorerst zwar nicht in Häusern gefunden, jedoch schlich sich das Symbol der Menora vermehrt in das alltägliche Leben ein, in dem es auf nicht-rituellen Gegenständen wie Gläsern oder Schmuckgegenständen auftauchte. Diese Markierung kultureller Zugehörigkeit spiegelt ebenfalls das Alltagsleben in einer Diaspora wider.

### Die Menora als Symbol

Den Höhepunkt der Symbolwerdung der Menora könnte man in der Verewigung der geraubten Menora auf dem Titusbogen 70 CE verzeichnen. Die Darstellung dient symbolisch der Zerstörung des zweiten Tempels sowie der Unterjochung eines gesamten Volks. Als erster ritueller Gegenstand und Symbol der jüdischen Zugehörigkeit verbreitete sich die Menora in der Diaspora, wie sie auch Stefan Zweig in seiner Erzählung „Der begrabene Leuchter“ niederschrieb. Ein Leuchter, „der die merkwürdigste Wanderung über die Erde, die ein religiöses Kunstwerk vielleicht je erlitten und von mir deshalb als Symbol der ganzen jüdischen Wanderschaft gedeutet“. Stefan Zweig

verwendet dabei die Menora als Allegorie für die Auferstehung des Volks Israels, in frühzionistischer Haltung erschienen im Jahre 1937, im dritten Jahr seines Exils. Seit dem 15.05.1948 ziert die Menora ebenfalls das Wappen des israelischen Staats. Die Knesset verabschiedete die Menora als Symbol aufgrund der religiösen, kulturellen, sakralen und säkularen Elemente, die die Menora als Symbol jüdischer Identität über Jahrtausende repräsentiert hat.

Die explizite Rezeption der Menora des zweiten Tempels referiert eine Rückkehr der entwendeten Menora nach Israel und visualisiert somit eine Kontinuität des Staats, die flankierenden Olivenzweige bezeugen die friedlichen Absichten des Staats Israel: „The ancient symbol of Judaism, the menorah, was rightly chosen to express and represent the continuity and creation of the old-new state of Israel.“

Natalie A. Kajzer



Knesset-Menora von Benno Elkan (1877–1960)

Foto: Natalie A. Kajzer, 2017

Sie hielt uns den Spiegel vor

## Abschied von Inge Deutschkron

**B**erlin, Anfang der 30er Jahre. Zwei Mädchen laufen von der Schule nach Hause. „Heil Hitler“, sagt Erika zum Abschied. Inge schaut sie an. „Auf Wiedersehen“, sagt sie dann.

Diese Szene schildert Inge Deutschkron in ihrem Buch „Ich trug den gelben Stern“ und schreibt: „Auf solch kleine Beiträge politischer Opposition war ich stolz.“ Tatsächlich vermittelt dieser frühe Moment in ihrem Leben eine Ahnung davon, wofür Inge Deutschkron viele Jahrzehnte später stehen würde. 1922 in Finsterwalde geboren, hat die deutsch-israelische Journalistin die Nazizeit als jüdisches Mädchen im Berliner Untergrund überlebt und trotz aller Gräueltaten an ihrer Heimat festgehalten. Immer wieder hat sie als Erwachsene den Deutschen einen Spiegel vorgehalten und sie herausgefordert, so wie sie es schon als Kind mit ihrer Klassenkameradin tat.

Dass sie Jüdin ist, erfuhr Inge Deutschkron von ihren Eltern erst, als Hitler die Macht ergriff. Ella und Martin Deutschkron, er Oberstudienrat und SPD-Funktionär, waren überzeugte Sozialisten, Religion spielte für sie keine Rolle - Politik umso mehr. Ihre Verbundenheit mit Deutschland war so absolut, dass die Mutter den Vater zur Emigration nach England zwingen musste. Er dagegen wollte sich zunächst der Gestapo stellen, als sie nach ihm suchte. „Martin, bist du wahnsinnig?“, riefen die Kanarienvögel in der Wohnung von Ella und Inge Deutschkron noch Wochen später, die Stimme der Mutter nachahmend.

Inge Deutschkron kam charakterlich nach der Mutter; sie war aufsässiger als der Vater. „Sie haben gewiss noch nie eine Jüdin gesehen? So sehen Sie mich in aller Ruhe an“, sagte sie sehr laut zu einer Frau, die sie und den Judenstern an ihrem Mantel eines Tages auf dem U-Bahnhof unverhohlen anstarrte.

*Wie konnte man als Jude unter solchen Menschen weiterleben?*

Ella und Inge Deutschkron gelang es durch die Solidarität ihrer Freunde, die politisch Gleichgesinnte waren. Ein Sozialdemokrat, der Obsthändler wurde, nachdem er seinen Posten bei der Gewerkschaft verloren hatte, gab ihnen Lebensmittel, andere Freunde verwahrten ihre Sachen, als Juden nichts mehr besitzen durften. „Unsere Aufbewarier“, sagte die Mutter. Auch dieser Humor hat den beiden geholfen zu überleben.

Und dann war da noch ihre enorme Widerstandskraft: Zeitweise arbeitete Ella Deutschkron unter falschem Namen als Nachhilfelehrerin für Kinder, deren Väter der SS angehörten.

Inge Deutschkrons Retter war immer wieder Otto Weidt, der eine Blindenwerkstatt zur Herstellung von Besen und Bürsten leitete, die als wehrwichtig galt. „Wundern Sie sich nicht, wenn ich nicht so nett mit Ihnen spreche“, warnte er Inge Deutschkron, bevor sie sich vor dem Arbeitsamt für Juden trafen. Dort blaffte er sie an, spielte Nazitheater, aber versorgte das Mädchen in den kommenden Jahren heimlich mit Arbeit, Essen und falschen Papieren. Aus Inge Deutschkron wurde Gertrud Dereszewski – bis die wahre Gertrud Dereszewski eines Tages in Ungarn aufgegriffen wurde.

Als ein Kriminalpolizist in der Blindenwerkstatt anrief, um den Sachverhalt zu klären, war Inge Deutschkron selbst am Telefon. „Arbeitet eine Gertrud Dereszewski bei Ihnen?“, fragte der Polizist. „Ich gebe Sie mal weiter“, sagte sie munter, ohne sich ihre Nervosität anmerken zu lassen.

Auch diese Geistesgegenwart hat sie gerettet.

*Wie ist es, zu überleben, wenn so viele andere gestorben sind?*

Ella und Inge Deutschkron gehören zur absoluten Minderheit. 1945 gibt es in Berlin nur noch 12000 Juden, und bei der



Foto: picture alliance/Becker/Bredel | Becker & Bredel

**Inge Deutschkron sel. A.**

ersten jüdischen Hochzeit nach Kriegsende weinen die Gäste. „Inge ist mit den Nerven runter“, schreibt die Mutter an ihren Mann in England. Sie habe die Toten vor sich gesehen, sagt Inge Deutschkron, als sie im Jahr 2013 eine Rede im Bundestag hält. Survivor-Guilt-Syndrom – so nennt es der deutsch-amerikanische Psychiater William Niederland, der ebenfalls überlebte.

Man leidet darunter, ein Glück gehabt zu haben, das Viele nicht hatten.

1946 dürfen Mutter und Tochter endlich nach England ausreisen. Dort teilt man Inge Deutschkron mit, sie habe den Status einer feindlichen Ausländerin, müsse sich regelmäßig bei der Polizei melden und dürfe nach Mitternacht nicht außer Haus.

Es ist ein Leben im Provisorium. Ihr Vater wartet darauf, dass Deutschland ihn zurückholt. Brauchen sie für den demokratischen Wiederaufbau nicht dringend Lehrer mit einwandfreier Gesinnung? Er wartet vergeblich, nimmt schließlich die britische Staatsbürgerschaft an und unterrichtet danach umso leidenschaftlicher Deutsch.

Inge Deutschkron bleibt acht Jahre in England, reist lange durch Südostasien und kehrt 1955 nach Deutschland zurück. Sie zieht nach Bonn. Die DDR lehnt sie ab. „Dort wurden Symptome offenbar, die dem System der Nazidiktatur in Deutschland ähnelten“, schreibt sie. Umso höher sind ihre Erwartungen an die Demokratie in der Bundesrepublik. „Wir müssen uns ein Stück blauen Himmel schaffen in diesem Grau um uns herum“, sagt sie zu Freunden.

Doch die Bundesrepublik ist nicht grau, sondern viel brauner als Inge Deutschkron es zunächst wahrhaben will. „Guck mal, da kommen sie wieder, die Juden, um uns auszusaugen“, hört Inge Deutschkron einen Mann am Flughafen sagen, als eine Maschine aus Tel Aviv landet. 1959 ist die Kölner Synagoge wieder mit Ha-

kenkreuzen beschmiert. Und Willy Brandt schickt der Familie Albert Speers einen Blumenstrauß, als dieser aus dem Gefängnis entlassen wird. Inge Deutschkron ist empört.

Es sei eine private Geste gewesen, schreibt Willy Brandt, damals Berliner Bürgermeister, an sie. Wo sei so eine Geste gewesen, als es um jüdische Rückkehrer ging, schreibt sie zurück.

1958 beginnt Inge Deutschkron für die israelische Zeitung „Maariv“ zu arbeiten, wird Deutschland-Korrespondentin, aber verzweifelt zunehmend an dem Land, über das sie da schreibt. 1972 wandert sie nach Israel aus und führt von da an ein Leben im Spagat zwischen den zwei Ländern, deren Beziehungen ebenso schmerzhaft wie wichtig sind.

In Israel erlebt sie wieder Krieg und Sirenen, 1989 empfängt sie dann ein hoffnungsvolles Signal aus Deutschland. Ihr Buch ist Grundlage des Stücks „Ab heute heißt du Sara“, das am Berliner Grips-Theater Premiere hat. Sie fährt hin und stellt fest, dass die jungen Deutschen ihr genau die Fragen stellen, auf die sie so lange gewartet hat. Die Antworten findet sie so wichtig, dass sie nach Deutschland zurückkehrt. Dieses Mal zieht sie nach Berlin, besucht Schulklassen, hält Reden, gründet eine Stiftung.

2021 stirbt sie in der Stadt, in der sie schon als Mädchen Widerstand gegen Antisemitismus leistete.

Verena Friederike Hasel  
Autorin und Psychologin

Eine wichtige Stimme im christlich-jüdischen Dialog ist verstummt

## Rabbiner Dr. h.c. Rabbiner Henry Brandt gestorben

Rabbiner Dr. Henry G. Brandt wurde 1927 als Heinz Georg Brandt in München geboren. Er war Zeuge des von den NS-Machthabern angeordneten Abrisses der Münchner (liberalen) Hauptsynagoge im Juni 1938, die er mit seinen Eltern regelmäßig besucht hatte. 1939 gelang seiner Familie die Flucht nach Großbritannien, von wo aus Henry G. Brandt nach Palästina emigrierte. Dort diente er ab 1947 in der jüdischen Untergrundorganisation Palmach, anschließend als Flottenoffizier in der entstehenden israelischen Marine.

Von 1951 bis 1955 studierte er in Nordirland Wirtschaftswissenschaften und wurde Marktanalytiker in der Automobilindustrie in London. 1957 nahm er das Rabbinerstudium am Leo Baeck College in London auf und wurde 1961 ordiniert. Er war Rabbiner in Leeds und Genf sowie Gründungsrabbiner der liberalen jüdischen Gemeinde „Or Chadasch“ in Zürich. Über Göteborg kam er 1983 zurück nach Deutschland. Als Rabbiner und Landesrabbiner wirkte er in Dortmund,

Hannover und Augsburg/Schwaben. Darüber hinaus war er Mitglied des Vorstandes der Buber-Rosenzweig-Stiftung und des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

Weiten Kreisen bekannt wurde Dr. Brandt durch die jährlich stattfindenden „Rabbiner-Brandt-Vorlesungen“, die anlässlich seines 80. Geburtstages vom Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit ins Leben gerufen wurden.

Für seine Verdienste erhielt er zahlreiche Ehrungen, unter anderem den Muhammad-Nafi-Tschelebi-Preis für jüdisch-muslimischen Dialog (2005), den Israel-Jacobson-Preis (2007), das Bundesverdienstkreuz I. Klasse (2008), den Bayerischen Verdienstorden (2014) und den Estrongo Nachama Preis für Toleranz und Zivilcourage (2019).

Brandt galt als „höchst energischer und unermüdlicher Kämpfer“ für den Dialog der Religionen.



Rabbiner Dr. h.c. Henry Brandt sel. A.

*Mit freundlicher Genehmigung des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit*

# Zum Tod der Frankfurter Ehrenbürgerin und Zeitzeugin Trude Simonsohn

Die Nachrufe waren zahllos. Zahllos auch diejenigen, die mit dem Tod von Trude Simonsohn einen wichtigen Menschen in ihrem Leben verloren haben. Es trauerte und trauert die Familie, die Stadt, das Land. Als die Holocaustüberlebende, ehemalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt, die Zeitzeugin, die Ehrenbürgerin, die Trägerin zahlreicher Auszeichnungen am 6. Januar 2022 im Alter von 100 Jahren starb, hielten wir alle einen Moment inne: wir haben von ihr gelernt, dass Vergebung möglich und der Glaube an eine bessere Welt notwendig ist.

Auch und besonders trauert die DIG, deren Mitglied in Frankfurt sie war: eine Mitgliedschaft, die sie, wie alles, was sie tat, aktiv lebte. Oft hat sie unsere Veranstaltungen – mit dem, was sie erinnerte und dem, was sie nicht erinnern konnte – authentisch und berührend gemacht. Ganze Generationen von Schülern haben durch sie gelernt, dass das tödliche Grauen des Nationalsozialismus im Bewusstsein bleiben muss, um das „nie wieder“ wahr zu machen. Schul-

klassen, in denen Trude Simonsohn sprach, haben das Unwort vom „Schlusstrich“ aus ihrem Vokabular gestrichen.

Trude Simonsohn wurde in Olmütz geboren, ihren Eltern waren liberale Sozialdemokraten. Früh schon wurde sie zur Zionistin, wurde verhaftet, nach Theresienstadt verschleppt, nach Auschwitz deportiert. Was dort geschah, erinnerte sie nicht: ein schützender Gedächtnisverlust. Bertold – „Bertel“ – ihr Mann, auch er ein Auschwitzüberlebender, ging nach Hamburg, um sich in der dortigen Jüdischen Gemeinde anderer Überlebenden anzunehmen: Trude ging mit ihm. 1955 kam das Ehepaar nach Frankfurt, um die Zentrale Wohlfahrtstelle der Juden in Deutschland aufzubauen. Sie, die gelernte Sozialarbeiterin, wurde später zuständig für Soziales und Erziehung in der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt, deren Vorsitz sie schließlich übernahm. Als sie 2016 zur Ehrenbürgerin der Stadt Frankfurt wurde, ein Titel, nie zuvor an eine Frau verliehen, war sie schon lange eine hochgeschätzte Persönlichkeit: die Zeitzeugin, die jeder kannte. Sie starb im



Foto: Herlich

Trude Simonsohn sel. A.

christlich-jüdischen Altersheim der Henry- und Emma-Budge Stiftung. Was tun wir ohne Trude Simonsohn? Ihr Andenken wahren. Ihren Auftrag leben. Sie im Herzen tragen.

Claudia Korenke  
DIG Frankfurt

## Ein Hain bei Jerusalem wird an Dr. Johannes Gerster erinnern

# Jüdischer Nationalfonds e.V. setzt Projekt um

The collage features several elements:
 

- Left:** A newspaper clipping with a photo of Dr. Johannes Gerster and text in German, including the headline 'Ein Hain bei Jerusalem wird an Dr. Johannes Gerster erinnern'.
- Center:** A map of the 'Johannes Gerster-Hain' area, showing a green hain in a hilly region near Jerusalem, with labels for 'Johannes Gerster-Hain' and 'Jüdischer Nationalfonds e.V.'.
- Right:** A flyer titled 'Ein Spenden für den Johannes Gerster-Hain in den Bergen von Jerusalem'. It contains details about the project, contact information for the Jüdischer Nationalfonds e.V., and a photo of the hain.

Im Andenken an unseren langjährigen Präsidenten und Ehrenpräsidenten, Dr. h.c. Johannes Gerster, möchten wir mittels Spenden zur Wiederaufforstung der Wälder um Jerusalem beitragen. Spendenkonto JNF-KKL e.V.: IBAN: DE49 3702 0500 0000 0170 01 | BIC: BFSWDE33 | Stichwort: Johannes Gerster

# Die DIG vor Ort

Augsburg-Schwaben e.V.  
vorstand@dig-augsburg.de

**Baden-Baden**  
baden-baden@digev.de

**Bamberg**  
bamberg@digev.de

**Bayreuth-Oberfranken**  
bayreuth-oberfranken@digev.de

Berlin und Brandenburg e.V.  
schalom@digberlin.de

**Bielefeld**  
bielefeld@digev.de

**Bodensee-Region**  
bodensee-region@digev.de

**Bonn**  
bonn@digev.de

**Braunschweig**  
braunschweig@digev.de

Bremen/Unterweser e.V.  
schalom@dig-bremen.de

**Buxtehude**  
buxtehude@digev.de

**Chemnitz**  
chemnitz@digev.de

**Cottbus**  
cottbus@digev.de

**Dresden**  
dresden@digev.de

**Duisburg-Mülheim-Oberhausen**  
duisburg@digev.de

**Düsseldorf**  
duesseldorf@digev.de

**Erfurt**  
erfurt@digev.de

**Frankfurt am Main**  
frankfurt@digev.de

**Freiburg**  
freiburg@digev.de

**Giessen**  
giessen@digev.de

**Halle-Umland**  
halle@digev.de

**Hamburg**  
hamburg@digev.de

**Hannover**  
hannover@digev.de

**Heidenheim**  
heidenheim@digev.de

**Heilbronn**  
heilbronn@digev.de

**Kaiserslautern**  
kaiserslautern@digev.de

**Kassel**  
kassel@digev.de

**Köln**  
koeln@digev.de

**Leipzig**  
leipzig@digev.de

**Magdeburg**  
magdeburg@digev.de

**Mainz**  
mainz@digev.de

**Memmingen/Kempten-Allgäu**  
memmingen@digev.de

**München**  
muenchen@digev.de

**Münster**  
muenster@digev.de

**Nordhausen**  
nordhausen@digev.de

**Nürnberg-Mittelfranken**  
nuernberg@digev.de

**Oldenburg**  
oldenburg@digev.de

**Osnabrück**  
osnabrueck@digev.de

**Ostfriesland**  
ostfriesland@digev.de

**Potsdam**  
potsdam@digev.de

**Regensburg-Oberpfalz**  
regensburg-oberpfalz@digev.de

**Rhein-Neckar/Mannheim**  
rhein-neckar@digev.de

**Saar**  
saar@digev.de

**Schleswig-Holstein**  
schleswig-holstein@digev.de

**Schwerin**  
schwerin@digev.de

**Speyer-Pfalz**  
speyer-pfalz@digev.de

Region Stuttgart e.V.  
info@dig-stuttgart.net

**Trier**  
trier@digev.de

**Ulm / Neu-Ulm**  
ulm@digev.de

**Weimar**  
weimar@digev.de

**Westmünsterland**  
westmuensterland@digev.de

**Wiesbaden**  
wiesbaden@digev.de

**Witten**  
witten@digev.de

**Würzburg**  
wuerzburg@digev.de

**Junges Forum**  
jufo@digev.de



## Social-Media-Kanäle

DIG



@deutsch.israelische.gesellschaft



@DIGeV\_

Junges Forum



@JuFoDIGeV



@JuFoDIG



@JuFoDIG

## DIG-Bundesgeschäftsstelle

Bärbel Metz  
Leiterin der Bundesgeschäftsstelle

Littenstraße 105 | 10179 Berlin  
Telefon +49 (0)30 80 90 70-28  
Fax +49 (0)30 80 90 70-31  
info@digev.de | www.digev.de



## Die Leitsätze der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

**Unsere Ziele sind klar definiert: Die Deutsch-Israelische Gesellschaft will die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschen und Israelis festigen und weiterentwickeln. Dabei agieren wir überparteilich und in steter Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung. Grundlage der Arbeit der DIG sind unsere Leitsätze. Sie weisen uns bei unseren Bestrebungen den Weg, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen sowie in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.**

- 1 | Die DIG ist die zentrale Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, in der sich Freunde Israels in überparteilicher Zusammenarbeit zusammenfinden, um in Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung zu wirken.
- 2 | Es genügt nicht, die Entwicklung und Pflege der deutsch-israelischen Beziehungen staatlichen Stellen zu überlassen. Die DIG will deshalb als überparteiliche Organisation dazu beitragen, die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen dem deutschen Volk und den Israelis zu festigen und weiterzuentwickeln.
- 3 | Die DIG unterstützt und fördert alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen, in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.
- 4 | Die DIG engagiert sich für einen Frieden im Nahen Osten, der die Lebensfähigkeit Israels dauerhaft sichert. Sie tritt für eine Verständigung zwischen allen Völkern der Region ein und wendet sich entschieden gegen all diejenigen Kräfte innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, die Israels Lebensrecht als jüdischer Staat bestreiten.
- 5 | Auch in Zukunft wird die Arbeit der DIG von dem Wissen um die von Deutschen zu verantwortenden Verbrechen an den Juden während der Jahre 1933 bis 1945 ausgehen. Die DIG wird deshalb der Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern verpflichtet bleiben. Diesen Auftrag gilt es, an die nachwachsende Generation in der Bundesrepublik Deutschland zu vermitteln. Als konkreter Beitrag ergibt sich für die DIG daraus,  
Vorurteilen gegenüber Juden in der deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken sowie Antisemitismus und Antizionismus entschieden zu bekämpfen.
- 6 | Die DIG bemüht sich, in der Bundesrepublik die Kenntnis über Israel, seine Geschichte und seine Gegenwart zu vertiefen. Hierzu gehört eine kontinuierliche Unterrichtung der DIG-Mitglieder und der Öffentlichkeit über Entwicklungen und Probleme in Israel sowie über das Ringen um seine gesicherte Existenz.
- 7 | Mit den in ihrer Mitgliedschaft erarbeiteten und überparteilich getragenen Positionen äußert sich die DIG auch öffentlich, und zwar vornehmlich gegenüber der Regierung und den politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.
- 8 | Die DIG bemüht sich in Israel um die Vermittlung eines realistischen Bildes über Entwicklungen und Probleme in der Bundesrepublik Deutschland. Sie arbeitet dabei eng mit ihrer Schwestergesellschaft, der Israelisch Deutschen Gesellschaft (IDG), zusammen, die sich auf israelischer Seite parallelen Aufgaben und Zielen widmet.
- 9 | Die DIG unterstützt den Austausch von Besuchergruppen zwischen beiden Ländern, vor allem im Rahmen des deutsch-israelischen Jugendaustausches. Dieser Austausch fördert die Bereitschaft, politische Verantwortung im Leben der menschlichen Gemeinschaft zu entwickeln, eine bessere und vertiefte Kenntnis vom anderen Volk, von seiner politischen und sozialen Lage, seinem Land, seiner Geschichte und seiner Kultur zu erwerben.
- 10 | Wichtige Aufgaben erfüllen die regionalen Arbeitsgemeinschaften der DIG. Sie führen Veranstaltungen durch, deren vorrangiges Ziel es ist, politische, soziale und kulturelle Entwicklungen in Israel durch deren Repräsentanten authentisch zu vermitteln und den Dialog zu fördern.
- 11 | Die DIG beteiligt sich an einer überregionalen Kooperation mit solchen Institutionen in europäischen Ländern, deren Ziel ebenfalls in der Entwicklung und Pflege enger freundschaftlichen Beziehungen zu Israel und seinen Bürgern liegt.

### DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Bundesgeschäftsstelle  
Littenstraße 105 | 10179 Berlin  
Telefon +49 (0)30 80 90 70-28  
info@digev.de | [www.digev.de](http://www.digev.de)

